

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Montag, 10. Februar 2020 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Della Vedova
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Gujan-Dönier, Kunz (Chur), Renkel, Schutz
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsident Della Vedova: Il programma di governo e il Piano finanziario rappresentano un'occasione straordinaria per ampliare l'orizzonte delle proprie riflessioni e gettare uno sguardo al domani, il tutto, naturalmente, senza trascurare l'oggi e i suoi problemi, ma con la consapevolezza che il futuro, in realtà, è già iniziato.

Das Regierungsprogramm und der Finanzplan bieten eine aussergewöhnliche Gelegenheit, um den Horizont der eigenen Überlegungen zu erweitern und einen Blick auf die Zukunft zu werfen. All dies geschieht, ohne dass die Gegenwart und ihre Probleme vernachlässigt werden, jedoch im Bewusstsein, dass die Zukunft in Wirklichkeit bereits begonnen hat. Unter den zahlreichen und bedeutsamen Anregungen, welche in der Botschaft der Regierung an den Grossen Rat enthalten sind, hat insbesondere eine meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Ich meine das pragmatische Ziel, das auf die Stärkung des Standorts Graubünden im Bereich Bildung und Forschung abzielt.

Wir alle wissen genau, wie wichtig heutzutage Bildung, wissenschaftliche Forschung, angewandte Forschung und Technologietransfer für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sind. In diesem Sinne stellt die Regierung Weitsicht unter Beweis und verdient grosses Lob, wenn sie hervorhebt, wie wichtig es für Graubünden ist, über einen eigenen Standort zu verfügen, wo Hochschulbildung und Forschung auf hohem Niveau betrieben werden. Beim Lesen des Regierungsprogramms könnte man jedoch den Eindruck gewinnen, dass die Regierung nur Gymnasien, Universitäten und Forschungszentren, d.h. den streng akademischen Bildungswegen, Bedeutung beimisst und jene, die wir aus Bequemlichkeit eher praktisch orientiert nennen, eher vernachlässigt.

Meine Aussage ist deshalb legitim, weil ein für unseren Kanton dermassen wichtiger Bereich wie die höhere Berufsbildung nie ausdrücklich im Regierungsprogramm genannt wurde. All dies geschieht paradoxerweise zu einem Zeitpunkt, in dem der «Green Deal» auch neue

praktische Kompetenzen und viel Praxis erfordert. Diesbezüglich möchte ich klarstellen, dass es nicht meine Absicht ist, innerhalb des Bündner Bildungssystems, welches glücklicherweise in einem hohen Mass komplementär ist, einen Wettbewerb zu entfachen, und dass ich den Vorschlag der Regierung unterstütze. Ich halte ihn nur für unvollständig. In der Botschaft der Regierung wird richtigerweise die Notwendigkeit betont, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wäre es demnach, angesichts der Besonderheiten der wirtschaftlichen Struktur in Graubünden, die aus wenigen Industrieunternehmen und zahlreichen Gewerbebetrieben besteht, nicht lohnenswert, mehr auch in höhere Fachschulen zu investieren, um diesem Phänomen entgegenzuwirken?

In der Botschaft wird ausserdem mehrmals hervorgehoben, wie notwendig es ist, die Wirtschaft in den abgelegenen Berggebieten unseres Kantons zu unterstützen, und wie dringend es ist, die langsame, aber leider, bis anhin zumindest, unaufhaltsame Entvölkerung zu verhindern. Also: Mehr Aufmerksamkeit und mehr Wertschätzung auch für die höheren Fachschulen bedeutet, die Innovationskraft, insbesondere der Bündner Kleinunternehmen, die das wirtschaftliche Rückgrat unserer Randregionen bilden, zu unterstützen. Es geht um genau jene Kleinunternehmen, die jene Wirtschaftsstruktur bilden, welche die Regierung im Ziel Nummer zehn als, ich zitiere, «tendenziell wenig dynamisch und, abgesehen von einigen Ausnahmen, mit niedriger Produktivität» bezeichnet.

Schliesslich gilt es zu betonen, dass sich einige höhere Fachschulen in Graubünden in den Randregionen unseres Kantons befinden, und dass die damit verbundene Wertschöpfung, bei wirtschaftlichen Verhältnissen wie der unseren, von besonderer Bedeutung ist. In diesem Sinne denken wir unvermeidlich an die verschiedenen Bündner Zentren und Akademien in den Bereichen Tourismus, Hotellerie, Gastronomie, Forst, Gesundheitswesen, Pflege für bedürftige Personen, Handwerksberufe usw. Die Liste wäre noch lang.

Die Erfahrung zeigt Folgendes: Nimmt man Dinge als selbstverständlich hin, nur, weil diese keine Probleme machen, wie es bei den höheren Fachschulen in Graubünden

bünden der Fall ist, könnte sich dies im Laufe der Zeit als ein gefährlicher Einschätzungsfehler erweisen. Dies gilt umso mehr, wenn wir berücksichtigen, dass wir auf der ganzen Welt um das Schweizer Dualsystem der höheren Berufsbildung beneidet werden, weil dieses ganz wesentlich dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land während der globalen Krise im letzten Jahrzehnt zu stützen. Dies geschah dank seiner Flexibilität, seiner Anpassungsfähigkeit, seiner raschen Reaktionsfähigkeit auf die Markbedürfnisse, seiner Innovationskraft.

In diesem Sinne komme ich zum Schluss meiner Ansprache und fordere die Regierung und die kantonale Verwaltung dazu auf, auch der höheren Berufsbildung jene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die diese verdient. Denn die Zukunft hat, wie bereits eingangs erwähnt, schon begonnen, und die Entscheidungen von heute beeinflussen bereits das Ergebnis von morgen. Ein Morgen, das rasend schnell voranschreitet und unvermeidlich die Reaktionszeiten verkürzt.

La sessione di febbraio è aperta. *Applaus.*

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsident Della Vedova: Wir kommen zur Vereidigung. Ich bitte die Grossratsstellvertreterinnen und -stellvertreter, welche heute zum ersten Mal an einer Session teilnehmen, sich nach vorne zu begeben sowie die Ratsmitglieder und die Gäste auf der Tribüne, sich von Ihren Sitzen zu erheben. «Sie, als gewähltes Mitglied des Grossen Rates, schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen».

«Sie, als gewähltes Mitglied des Grossen Rates, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen».

Falls Sie den Eid ablegen möchten, lauten die Worte des Eides folgendermassen: «Ich schwöre es». Falls Sie das Gelübde ablegen, bitte ich Sie, die Worte, «ich gelobe es», zu sprechen. Bitte.

Ratsmitglieder: Ich gelobe es. Ich schwöre es.

Standespräsident Della Vedova: Danke. Sie dürfen sich setzen.

Standespräsident Della Vedova: Wir kommen nun zum Regierungsprogramm und Finanzplan 2021 bis 2024. Ich bitte um etwas Ruhe, danke. Wir starten mit der Eintretensdebatte. Die Eintretensdebatte führen wir gleichzeitig sowohl für das Regierungsprogramm als auch für den Finanzplan, dies in Absprache mit dem Kommissionspräsidenten. Geführt wird die Diskussion durch den Kommissionspräsidenten der KSS, Grossrat Claus. Für die Regierung spricht der Regierungspräsident, Dr. Christian Rathgeb und natürlich die ganze Regierung. Ich gebe dem Kommissionspräsidenten das Wort für die Eintretensdebatte. Herr Kommissionspräsident, Sie können sprechen.

Regierungsprogramm und Finanzplan 2021-2024 (Botschaften Heft Nr. 8/2019 – 2020, S. 419)

Eintreten

Antrag Kommission

Eintreten

Claus; Kommissionspräsident: Wir werden die Beratung für diese Botschaft wie folgt vornehmen: Nach der gemeinsamen Eintretensdebatte werden wir die Regierungsziele, die Entwicklungsschwerpunkte und Massnahmen im Detail beraten. Im Anschluss daran anhand der finanzpolitischen Richtwerte, die wir einzeln debattieren und zur Abstimmung bringen werden, den Finanzplan. Ebenso gehört dazu am Schluss der Beratung eine Rückschau und die Erfolgskontrolle anhand der Berichterstattung zu den einzelnen Entwicklungsschwerpunkten 2017 bis 2020. Zum Eintreten auf das Regierungsprogramm erinnere ich Sie gerne an den Planungsprozess unseres Rates und der Regierung für die Planungsperiode 2021 bis 2024 im Sinne einer kleinen Rück- und Vorschau. In der Augustsession 2019 hat Ihnen die KSS Bericht und Antrag gestellt, und wir haben die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2021 bis 2024 beziehungsweise des Regierungsprogramms und des Finanzplanes erlassen. Das war der in zartem Viola gehaltene Bericht und Antrag unserer Kommission an den Grossen Rat. Darin erfolgte eine Auslegeordnung der Trends und strategischen Herausforderungen für die neue Planungsperiode. Daraus erarbeitete die Kommission zusammen mit der Regierung 14 konkrete übergeordnete politische Ziele und Leitsätze dazu. Diese verabschiedete der Grosse Rat im Dialog mit der Regierung am 28. August 2019. Mit dem heute vorliegenden Regierungsprogramm für die Jahre 2021 bis 2024 wurden die damaligen Bemerkungen und Ergänzungen des Grossen Rates mitberücksichtigt und konkretisiert. Wichtig ist festzustellen, dass es sich bei den hier vorgelegten Regierungszielen, Entwicklungsschwerpunkten und Massnahmen um Schwerpunkte handelt und diese keineswegs das abschliessende Programm beziehungsweise die einzige Tätigkeit der Regierung bilden. Die KSS hat die Regierungsziele sowie die zwölf Entwicklungsschwerpunkte auf ihre Einbettung in die übergeordnete Planung hin überprüft und kann zuhänden ihres Rates bestätigen, dass die gewählten Regierungsziele und Entwicklungsschwerpunkte den übergeordneten politischen Zielen im Grundsatz entsprechen.

Die Regierung hat sich bei der Vorbereitung darauf geeinigt, drei Schwerpunkte für die Planung festzulegen. Das sind die Digitalisierung, der Green Deal und Vielfältiger Gebirgskanton Graubünden. In diesen zentralen Bereichen will die Regierung mit konkreten Massnahmen die Herausforderungen meistern. Unter dem Titel Digitalisierung und Innovation will sie einen Digitalisierungsschub, eine Investitionsstrategie, die Bildung und Forschung, die Fachkräfte beziehungsweise deren Mangel und eine grundsätzliche Vernetzung des Kantons fördern. Unter dem Stichwort Green Deal werden sieben Massnahmen in der Energie, Mobilität, Landwirtschaft

und Biodiversität zusammengefasst. Dazu gehören auch die Naturgefahren. Unter dem Stichwort vielfältiger Gebirgskanton versteht die Regierung Massnahmen für das Leben und Arbeiten in den Regionen, die Sprache und Kultur, die Gesundheitsversorgung, die Erreichbarkeit, Lebensmittel und Tourismus, das Standortmarketing und die Regionalentwicklung. Daraus resultierte die Reduktion seitens der Regierung von ursprünglich 14 übergeordneten Zielen und Leitsätzen auf zwölf Regierungsziele mit 29 Entwicklungsschwerpunkten und 98 Massnahmen für die Periode 2021 bis 2024. Diese Vorgehensweise ist für unsere Kommission nachvollziehbar und sinnvoll.

Nun zur Botschaft selber. Das Erscheinungsbild dieser Botschaft ist neu. Sie erinnern sich vielleicht an die letzte Botschaft, sie war damals lila. Heute haben wir einen farblichen Zusammenhang, aber auch einen inhaltlichen Zusammenhang des Regierungsprogramms und des Finanzplans zu Budget und Rechnung. Entsprechend ist auch das Layout gefasst. In der Vorbereitung konnte die KSS zusammen mit der Regierung den Inhalt im Vergleich zu den Vorperioden ebenfalls deutlich verbessern. Zum Jahresprogramm, zum Budget und zur Rechnung wurde ein direkter Zusammenhang auch inhaltlich hergestellt. Dies verdanken wir unter anderem der tatkräftigen Mithilfe unseres Kanzleidirektors Herr Spadin. Ich danke ihm hier an dieser Stelle speziell, weil die Ausarbeitung eines solchen Programmes und einer Neuauflegung dieses Programmes sehr viel Hintergrundarbeit seitens der Kanzlei, aber auch seitens der Departemente, erfordert hat. Besten Dank hierfür. Mit der Nennung von 29 Entwicklungsschwerpunkten und 98 Massnahmen haben auch wir eine deutlich höhere Planungssicherheit und damit auch eine deutlich höhere Planungskontrolle geschaffen. Sie ersehen heute aus der Botschaft zum ersten Mal eine entsprechende Durchnummerierung der Entwicklungsschwerpunkte. Die Massnahmen, habe ich Ihnen gesagt, sind 98. In Erinnerung zu rufen bleibt zum Eintreten trotzdem, dass das Regierungsprogramm seitens des Grossen Rates nur zur Kenntnis genommen wird. In diesem Sinne unterstützt die KSS die Zielsetzung der Regierung und empfiehlt das Regierungsprogramm mit einer ergänzenden Erklärung zur Kenntnisnahme.

Nun spreche ich, ebenfalls zum Eintreten, zum Finanzplan. Diese beiden Dinge gehören unmittelbar zusammen. Aus dem Regierungsprogramm entsteht über die Finanzen schlussendlich der Finanzplan. Der Finanzplan mit seinen Richtwerten ist die entscheidende Grösse, um unseren kantonalen Staatshaushalt im Lot halten zu können, damit wir auch in den Jahren 2021 bis 2024 über gesunde Staatsfinanzen, d.h. über eine vertretbare Erfolgs- und Aufwandrechnung und über die Möglichkeit von genügend Nettoinvestitionen verfügen. Dies alles hängt entscheidend von den finanzpolitischen Richtwerten ab. Die gesunde Ausgangslage, deren wir uns heute gegenübersehen, muss gewahrt werden und ist unter anderem ein Resultat der bestehenden und vorher bestandenen Richtwerte. Das erfordert seitens der Regierung Selbstdisziplin und seitens des Parlamentes finanzpolitische Verantwortung. Wir müssen uns damit abfinden, dass mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ab dem

Jahr 2021 aus der Erfolgsrechnung Defizite entstehen werden. Die Steuerung unseres Finanzhaushaltes mittels finanzpolitischer Richtwerte ist und war erfolgreich. Das hält auch ein Gutachten von Professor Müller fest. Er attestiert unserem System, dass die Steuerung funktions-tüchtig ist und ihr Ziel erreicht hat. Es macht aus Sicht der KSS Sinn, an diesem System von Richtwerten im Grundsatz festzuhalten. Man kann andere Steuerungsmechanismen prüfen. Dies braucht aber, und das hat die KSS klar in ihrer Vorberatung festgehalten, eine umfassende Evaluation und einen Planungshorizont von mindestens zwei Perioden. Die detaillierten Zahlen zur Ausgangslage und zur Entwicklung des Kantonshaushaltes wird Ihnen anlässlich der Behandlung der Richtwerte unser Finanzminister und Regierungspräsident ausführlich schildern. In diesem Zusammenhang bin ich selbstverständlich für Eintreten und bitte Sie auch hier, bei der nachfolgenden Diskussion über die Richtwerte der Mehrheit der KSS zu folgen.

Standespräsident Della Vedova: Das Wort ist offen zum Eintreten für weitere Mitglieder der Kommission.

Papa: Das Regierungsprogramm und der Finanzplan sind laut unserer Kantonsverfassung die zentralen Instrumente der politischen Steuerung. Im Regierungsprogramm werden nur die wichtigsten Aktivitäten der nächsten vier Jahre abgebildet. Also, die Regierung hat in diesem Programm nicht nur die gesamte Verwaltungstätigkeit, die sie in den kommenden vier Jahren machen will, darin abgebildet, sondern es handelt sich auch um eine Auswahl von Themen, die prioritär, ich wiederhole, prioritär, umgesetzt werden sollen. Das Programm ist nämlich ein Resultat aus der umfassenden Aufgabenüberprüfung und auch eine Lagebeurteilung der Regierung und der KSS, der einerseits die Aufgabenüberprüfung und andererseits die globalen, schweizerischen und auch kantonalen Trends zugrunde liegen. Die KSS hat sich in mehreren Sitzungen mit dieser Vorlage befasst, und persönlich bin ich der Meinung, dass die Regierung unsere Leitsätze recht gut umzusetzen gedenkt. Die Schwerpunkte des Programmes werden dann jeweils in den Jahresprogrammen konkretisiert, und die Zuteilung der finanziellen Mittel erfolgt über das Budget. Nun, nur hier wird dann der Grosse Rat eingreifen, um die einzelnen Korrekturen vorzunehmen. Als Vertreter einer Minderheitssprache freue ich mich besonders, dass es die Regierung letztendlich für angebracht gehalten hat, Massnahmen zu Gunsten sprachlicher und kultureller Minderheiten aufzunehmen. Die KSS hat in der Vergangenheit wiederholt betont, dass der Kanton Graubünden, der diese Besonderheit in unserem Kanton aufweisen kann, stärker fördern muss. Erst nach dem Bericht des Demokratiezentrum Aarau beschloss die Regierung, eine Reihe von Vorschlägen für Minderheiten zu lancieren, die wir heute im Programm 2021 bis 2024 finden. Auch im Namen der Deputation der Grigioni Italiano und der Pro Grigioni Italiano selbst, möchte ich der Regierung für diese Eröffnung und Sensibilität sehr danken.

Per noi della Deputazione del Grigioni Italiano le discussioni attorno al programma del Governo 2021-2024

hanno generato una serie di ragionamenti che ci portano a voler maggiormente valorizzare nel nostro Cantone le nostre culture, le nostre lingue, e che non mancheremo anche di sottoporre al Governo nel corso della legislatura. Il Canton Grigioni è l'unico Cantone svizzero multiculturale con un mercato e istituzionalizzato trilinguismo. Finora abbiamo fatto troppo poco per avvalorare queste peculiarità. I romanci con i loro idiomi e la loro identità, la lingua e la cultura italiana delle valli, ma anche la cultura Walser della parte tedescofona che spesso viene dimenticata, meritano sicuramente un'attenzione e una valorizzazione e maggior rispetto. Con molta trasparenza e spontaneità negli ultimi tempi e anche durante le discussioni inerenti alla preparazione di un elenco delle nostre aspettative verso il Governo, noi avremo modo di presentare prossimamente sia al Governo che all'opinione pubblica, siamo riusciti a costruire una proficua collaborazione tra la deputazione grigione italiana e romancia ma anche con le organizzazioni linguistiche della Pro Grigioni e della Lia Rumantscha. Oltre a conoscerci meglio abbiamo scoperto degli interessi e dei punti comuni che mirano a costruire qualcosa di positivo per maggiormente valorizzare le nostre lingue e culture. Abbiamo focalizzato delle aspettative che il Governo finora, forse anche un po' inconsciamente, non ha ritenuto importante avvalorare e che ora poniamo come legittimo desiderio di realizzazione. Per implementare tutto questo abbiamo però bisogno della comprensione e del sostegno anche degli amici tedescofoni del Cantone. Dobbiamo tutti capire che un voler crescere, un voler contare implica saper capirsi, concertarsi e sostenersi. Solo così faremo dei Grigioni un modello di coesistenza tra le diverse lingue e culture, non solo per la Svizzera ma per il resto di chi ci guarda e sono molti nei giorni attuali e non sempre è una cosa evidente. Naturalmente haben wir alle hier im Saal auch partikuläre Interessen, und es ist auch legitim, sich für diese speziell einzusetzen. Die Finanzen im Kanton sind vorerst noch gesund, sodass wir uns meines Erachtens auch einige konkrete, einmalige Massnahmen leisten können. Im Verlauf der Detailberatung werde ich mir noch erlauben, zu einigen spezifischen Punkten zu sprechen. Selbstverständlich bin ich für Eintreten.

Wilhelm: Das vorliegende Regierungsprogramm zeigt auf, wohin die Reise unseres Kantons in den nächsten Jahren gehen muss. Es ist ein, wir haben es gehört, optisch übersichtliches und nachvollziehbares Dokument, und es fusst inhaltlich auf den drei bereits erwähnten klaren Kernpunkten. Die Stossrichtung fundiert auf die von uns in der Kommission formulierten und mit der Regierung und hier mit Ihnen im Saal besprochenen Zielen und Leitsätzen. Und vielleicht darf man das so sagen, diesen Zielen begegnet dieses Regierungsprogramm auch den grossen Herausforderungen unserer Zeit, denn wir müssen der Bedrohung durch die Klimaüberhitzung begegnen und wir müssen uns dem gesellschaftlichen und dem demografischen Wandel stellen und einen sorgsam Umgang mit der fortschreitenden digitalen Transformation finden, und darauf liefert dieses Regierungsprogramm Antwort. Dank einem Green Deal, aber auch dank Innovation, dank Forschung, einem

Digitalisierungsschub und dank sozialem Fortschritt machen wir uns fit für die Zukunft, und wir vergessen dabei nicht, und das ist wichtig, was die Stärke unseres Kantons ausmacht, nämlich unsere Vielfalt in Kultur, Sprache und Gesellschaft. Denen müssen wir Sorge tragen. Der Kompass dieses Regierungsprogramms zeigt auch aus Sicht der Fraktion der SP ohne Zweifel nach vorne. Ein willkürlicher Blick und auch nicht abschliessender Blick über einige konkrete Schwerpunkte und Massnahmen stimmen uns zuversichtlich. Der Ausbau erneuerbarer Energien und Klimaschutz in der Landwirtschaft, Biodiversitätsstrategie für Graubünden, aber auch das Vorantreiben von E-Government, Verbesserungen beim öffentlichen Verkehr, der Stärkung unserer Forschungsinstitutionen, Fördern von familienergänzender Kinderbetreuung und die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen, und nicht zuletzt der bereits angetönte Aufbau einer Koordinationsstelle für die mehrsprachige Verwaltung. Und wie immer gilt, und es wurde bereits auch gesagt, einige Punkte sind konkreter, andere sind noch sehr vage, und zu einzelnen Aspekten wird sich auch unsere Fraktion im Verlauf der Debatte kritisch äussern und Fragen in die Debatte einbringen. Im Grossen und Ganzen aber stimmt für uns die Stossrichtung.

Jetzt kommt aber ein wuchtiges Aber, denn jedes Papier, jede Strategie und eben auch jedes Regierungsprogramm ist genau so gut und ist genau so viel wert, wie es dann am Ende tatsächlich auch umgesetzt wird. Und hier sehe ich und hier sehen wir in unserer Fraktion bereits jetzt Zweifel aufkommen, und wir bezweifeln nicht, dass wir die Ziele, die wir uns hier setzen, die sich hier die Regierung setzt, nicht umsetzen kann, dass wir das nicht können. Wir zweifeln daran, dass der ernsthafte Wille besteht, dies in allen Punkten konsequent zu tun. Und die Zweifel kommen nicht von ungefähr, und ich glaube, es gibt deutliche Zeichen bereits in der Vorbereitung auf diese Session, die eben darauf hindeuten. Nehmen wir den Punkt des Green Deals. Wir werden heute schöne Massnahmen und Töne sicherlich hören und morgen dann aber bereits ein Energiegesetz beraten, das aus unserer Sicht komplett aus seiner Zeit gefallen ist, ein Gesetz, das kaum Ecken und kaum Kanten hat, das in Zeiten so erlassen wird, wo in Staaten und in direkten Nachbarstaaten konservative Parteien Klimaschutzprogramme unterzeichnen, gegen die unsere Bestrebung eher ein wenig aussehen wie Kindergeburtstag. Auch ein Blick auf die Vorberatung der finanzpolitischen Richtwerte, die wir ebenfalls, wie angetönt, heute beraten, macht uns, macht mir bisher wenig Hoffnung, dass wir dann auch wirklich da landen werden, wo wir heute eben darüber diskutieren. Ein mittelfristiger, ausgeglichener und ausbalancierter Finanzhaushalt ist ohne Zweifel ein absolutes Muss und auch ein Verfassungsauftrag, und solide Finanzen sind die Basis eines jeden fortschrittlichen Regierungsprogramms. Daran zweifelt niemand, daran zweifeln auch nicht wir in der SP-Fraktion. Aber es braucht dann eben auch den Willen, tatsächlich etwas zu tun. Unser Kantonshaushalt ist mehr als ausgeglichen. Wir stehen, und wir haben es gehört und wir werden es bestimmt auch noch hören, hervorragend da, und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir diese Mittel eben

auch nutzen, um die vorhin so hoch gelobten Ziele auch tatsächlich erreichen zu können. Wir haben jetzt 15 Jahre Erfahrung mit Budgets und Budgetabweichungen. Wir haben die Richtwerte, die wir besprechen würden. Wir haben enorme Abweichungen gehabt und die Erfahrung zeigt uns deutlich, wir haben die Spielräume, die wir gehabt haben, zu wenig genutzt. Dazu werden wir in der Detailberatung, Sie haben es gesehen in der Vorbereitung, verschiedene Korrekturen, nicht grosse, aber kleine Korrekturen zumindest vorschlagen, um nicht nur über die schönen Ziele zu reden, sondern uns, der Regierung, der Verwaltung, eben auch die nötigen Instrumente in die Hand zu geben, um diese Ziele danach wirklich zielstrebig erreichen zu können. In den kommenden Stunden und Tagen sollten wir, Kolleginnen und Kollegen, den Beweis antreten, dass wir hier nicht nur schönreden wollen, sondern dass wir auch die Bereitschaft haben, dann im Nachgang daran etwas zu tun. Ich empfehle Ihnen deshalb im Namen der Fraktion der SP, erstens, hier einzutreten, dann zu diskutieren, präzisieren und kritisieren im Einzelnen, dann wohlwollend Kenntnis zu nehmen von der Stossrichtung des Regierungsprogramms, aber auch davon Kenntnis zu nehmen, dass der Finanzplan so, wie er jetzt vorliegt, auch in den letzten 15 Jahren immer düsterer aussah, als er dann letztendlich daherkommt, und darum dann eben am Schluss bei den finanzpolitischen Richtwerten der Minderheit in der Kommission zu folgen mit den stimmigen Zielen und dem besseren Wissen vor Augen, um den Kanton eben gemeinsam nach vorne zu bringen.

Epp: Das Regierungsprogramm und der Finanzplan 2021 bis 2024 präsentieren sich in einem neuen Kleid. Neben den gewohnten Informationen hat sich die Regierung in Anlehnung an die 14 übergeordneten Ziele und Leitsätze des Grossen Rates drei Schwerpunkte gesetzt. Die 12 Regierungsziele, die 29 Entwicklungsschwerpunkte und die 98 Massnahmen fokussieren sich auf die Kernpunkte Digitalisierung und Innovation, Green Deal und vielfältiger Gebirgskanton, welche allesamt die Attraktivität unseres Kantons steigern sollen. Generell kann man sagen, dass das Regierungsprogramm übersichtlicher, verständlicher und einfacher geworden ist. Die meisten Massnahmen sind doch einiges konkreter geworden, obwohl ein bisschen mehr Auftrag Marti hätte einigen allgemeinen Formulierungen höchstwahrscheinlich gut getan. Trotz allem aber finde ich, dass die Regierung hier gute Arbeit geleistet hat und man die meisten Massnahmen auf ihre Umsetzung auch überprüfen kann. Nebst der umfassenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, wo allenfalls auch Kompetenzen den Gemeinden zurückgegeben werden können, um die Gemeindeautonomie so noch weiter zu stärken, wird es künftig immer wichtiger werden, ein Gleichgewicht zwischen starken und peripheren Räumen zu schaffen. So müssen Investitionen und Prioritäten künftig so gesetzt werden, dass die grossen Städte im Kanton attraktiver, die regionalen Zentren aber unbedingt auch gestärkt werden. Die Entwicklung der peripheren Räume ist zu fördern, dabei aber dürfen die Ansprüche der strukturstarken Räume nicht vernachlässigt werden. Das Gleichgewicht zu halten zwischen Stadt und Land wird im Kanton Grau-

bünden künftig eine riesige Herausforderung werden. Der demografische Wandel nämlich führt seit Jahren zu Einwohnerverlusten in den peripheren Regionen und zu einem Bevölkerungswachstum in urbanen Räumen. Jedes Ziel, jeder Entwicklungsschwerpunkt, jede Massnahme, hat Einfluss auf die Entwicklung der verschiedenen Räume, muss von der Regierung entsprechend priorisiert und die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wahrlich keine leichte Aufgabe, für ein gesundes Wachstum im gesamten Kanton, aber von enormer Wichtigkeit. Wichtig wird auch die Erfolgskontrolle der Entwicklungsschwerpunkte und der Massnahmen durch den Grossen Rat sein. Die Erwartungshaltung wird gross sein, im jährlichen Jahresbericht auch ein gutes Reporting über den aktuellen Umsetzungsstand der verschiedenen Jahresmassnahmen zu erhalten. Der Grosse Rat tut gut daran, diese jährliche Kontrolle der Umsetzung noch schärfer zu beobachten und wenn nötig auch allfällige Massnahmen zu treffen. Meiner Meinung nach insgesamt ein interessantes Regierungsprogramm, welches es nun gilt aktiv zu verfolgen, damit die gesetzten Ziele in den nächsten vier Jahren auch erreicht werden können. In quai sen supplicheschl jeu d'entrar en la fatschenta e discussiunar las finamiras.

Crameri: Graubünden als Arbeits-, Wohn- und Erholungsstandort positionieren und stärken. So könnte man das Regierungsprogramm 2021 bis 2024 in wenigen Worten zusammenfassen. Ob sich die Regierung dabei an die Stossrichtung der Region Albula gehalten hat, lasse ich an dieser Stelle einmal offen. Denn unsere Region hat in der Standortentwicklungsstrategie genau dieselben Schwerpunkte gesetzt. Dabei hat es im Regierungsprogramm für alle etwas drin. Ganz nach dem Gusto der SP, für alle statt für wenige. Aber wo sind die grossen Visionen dieses Kantons? Wo sind die Leuchttürme, über die wir im Entwurf zum kantonalen Richtplan einmal diskutiert haben? Ich denke dabei an ein Schneesportzentrum auf der Lenzerheide. Ich denke dabei an eine Porta Alpina, die Kollege Epp immer wieder erwähnt und unterstützt. Ich denke an grosse Eisenbahnverbindungen vom Unterengadin nach Mals oder nach Landeck. Nun, für mich besonders entscheidend ist das Regierungsziel 11, die Stärkung der Regionen. Seit Jahrzehnten, wenn nicht sogar seit Jahrhunderten, wenn wir über die Landflucht vor über 100 Jahren diskutieren, kämpfen wir in den Regionen mit Abwanderung. Doch auch in den Zentren ist das Problem nicht unbekannt, wird es doch immer schwieriger, Fachkräfte zu finden. Von den Regionen wandern unsere Jungen in die Zentren des Kantons ab, und von dort ins Mittelland. Wir müssen also gute Rahmenbedingungen schaffen, damit es auch in Zukunft interessant ist, in Graubünden und in den Regionen zu leben. Ob da die Markenidee «Naturmetropole der Alpen» ausreichend ist, wage ich zu bezweifeln. Für mich sind die Standortbedingungen entscheidend.

Aber was heisst das konkret, gute Standortbedingungen, was wir immer wieder hören? Es braucht eine dezentrale, leistungsfähige und rasch verfügbare Gesundheitsversorgung in allen Regionen unseres Kantons. Deshalb ist an den bestehenden Spitälern zwingend festzuhalten. Ich

verweise auf das Regierungsziel 6. Wir brauchen schlanke und attraktive Verbindungen im öffentlichen Verkehr bis in die Täler unseres Kantons. Der Halbstundentakt auf den RhB-Linien ist dazu zwingend. Dies gilt insbesondere auch für das Albulatal. Wir erwarten einen echten Halbstundentakt mit dem Zug bis Filisur zumindest während den Stosszeiten am Morgen und am Abend. Für lebenswerte Regionen braucht es aber auch gute Schulen, die unsere Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt vorbereiten. Für mich deshalb viel zu dünn ausgefallen ist das Regierungsziel 3. Etwas vergessen ging dabei auch die Berufsbildung. Ich erwarte von der Regierung und von der Politik, dass der Berufsbildung in diesem Kanton mehr Beachtung geschenkt wird in Zukunft und vor allem im künftigen Regierungsprogramm in den nächsten vier Jahren. Schliesslich braucht es für Regionen, die sich entwickeln wollen, rasch verfügbares, preiswertes und erschlossenes Bauland. Dies ist insbesondere für das Gewerbeland entscheidend. Auf kantonaler Ebene müssen wir dazu einfache Verfahren schaffen, um Land der Bauzone zuzuführen und RPG I so massvoll wie möglich umzusetzen. Es ist deshalb schade, dass die Forderung des Grossen Rates, dass sich die Raumplanung am Grundsatz «erlauben statt verhindern» zu orientieren hat, kaum Eingang in das Regierungsprogramm gefunden hat. Hoffen wir, dass sich die Verwaltung in der täglichen Umsetzung von Entscheiden zumindest daranhält.

Noch eine abschliessende Bemerkung. Im Zusammenhang mit der Verwaltung haben wir in der Kommission und auch hier im Rat immer wieder betont, dass uns eine schlanke Verwaltung wichtig ist und die Regierung zu prüfen habe, wie die kantonale Verwaltung dezentral geführt werden könne. Ich verweise dazu auf das übergeordnete Ziel Nummer 3, das wir in dieser Botschaft verabschiedet haben. Müssen beispielsweise alle Kreisplaner im Amt für Raumentwicklung hier in Chur sein? Auch wenn sie für die Gemeinde San Vittore z.B. zuständig sind? Oder könnten sie diese Aufgaben nicht auch dezentral vor Ort wahrnehmen? Aus diesem Grund verlangt die einstimmige Kommission, dass die Regierung zu prüfen hat, welche Stellen dezentral geführt werden können. Das Regierungsprogramm ist ein Bekenntnis zum verfassungsmässigen Auftrag der dezentralen Besiedelung und Aufgabenerfüllung. Dies ist sehr zu begrüssen, denn Graubünden lebt von seiner Vielfalt und seinen 150 Tälern. Halten wir der sprachlichen, kulturellen und ökonomischen Vielfalt Sorge. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Standespräsident Della Vedova: Grossrat Hug, Sie haben das Wort.

Hug: Ich dachte zuerst, Kollege Gasser wolle mir zuvorkommen.

Standespräsident Della Vedova: Er ist nicht in der Kommission.

Hug: Ja, Sie haben das korrigiert, besten Dank. Sie haben nun von meinem Kommissionskollegen und insbesondere dem Präsidenten die heutige Ausgangslage

geschildert erhalten. Ich verzichte an dieser Stelle auf lange Wiederholungen. Entscheidend sind aus meiner Sicht jedoch folgende Kennzahlen: 12 Regierungsziele, 29 Entwicklungsschwerpunkte und 98 Massnahmen. Für ein kantonales Planungsinstrument ist das eine ganze Menge an Vorgaben. Da haben Sie sich was aufgeladen, geschätzte Regierungsmitglieder. Sicher ist bei näherer Betrachtung diese grosse Breite an Zielvorgaben der Vielfalt unseres Kantons geschuldet. Aber wie so oft im Leben gilt wohl auch hier: Weniger ist mehr. Und damit meine ich keineswegs die Qualität, sondern die Fähigkeit, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Konzentration auf das Wesentliche, das wird wohl uns in Zukunft als Kanton noch öfters beschäftigen. Und da gebe ich dem Kollegen aus Davos, meinem Fraktionskollegen oder Kommissionskollegen, auch recht. Sie haben recht, an der Debatte dieser Session werden wir noch erleben, dass sich die Spreu vom Weizen trennen wird. Und das meine ich nicht wertend. Ich sage nicht, die Spreu sei besser als der Weizen oder umgekehrt, aber Sie werden enttäuscht werden, was die Vorgaben von der letzten Session anbelangen, an denen wir den New Green beschlossen haben, was er hat, und was dabei dann am Schluss herauskommen wird. Und genau das meinen wir mit der Konzentration auf das Wesentliche, und ich hoffe, dass unserem Rat das auch gelingen wird. Wir sind als Fraktion für Eintreten auf die Vorlage. Unserem Rat wünschen wir das Einhalten der notwendigen Flughöhe und der Regierung danach den Mut zur Priorisierung innerhalb dieser Massnahmen, denn alle verfassten Massnahmen können nicht mit derselben Priorität behandelt werden. Dies wäre weder politisch klug noch ökonomisch sinnvoll.

Degiacomi: Das Regierungsprogramm und der Finanzplan liegen nun vor. Ein Werk einer rein männlichen Regierung und einer rein männlichen Kommission. Ich habe in der KSS auf dies hingewiesen, aber wir sind ja selber schuld. Wir haben die KSS hier im Rat so zusammengesetzt. Aber ich möchte die Regierung und die Verwaltung und auch den Grossen Rat einfach daran erinnern, dass wir in diesem Kanton auch eine weibliche Bevölkerung haben. Und ich bitte Sie, sehr sensibel mit dieser Thematik umzugehen, dass die weibliche Bevölkerung sich auch abgeholt fühlt. Ich finde es persönlich eigentlich fast unerträglich, dass wir in so wichtigen Fragen keine Frauen am Tisch haben, die mitdiskutieren. Ich habe übrigens fraktionsintern, also das eine Information an die Mitglieder der KSS, ich habe fraktionsintern meinen Sitz in der KSS zur Verfügung gestellt, wenn sich eine Kandidatur einer Frau für die KSS ergibt.

Aber die Frage ist nun zum Regierungsprogramm und zum Finanzplan, worum geht es denn da überhaupt? Es wurde jetzt natürlich erläutert. Ich möchte nur auf zwei, drei Punkte ganz kurz hinweisen. Der Kanton steht vor gewaltigen Herausforderungen. Es sind nicht nur jetzt ein paar Massnahmen und Ziele, die wir da verfolgen, sondern er steht vor gewaltigen Herausforderungen. Der demographische Wandel führt dazu, dass die Wirtschaft kaum Fachkräfte findet. Der Klimawandel wird uns nachhaltig beeindrucken und auch fordern. Und wir müssen im Bereich der Digitalisierung aufholen, weil

wir ins Hintertreffen geraten sind. Wir haben gewaltige Herausforderungen, auf der anderen Seite haben wir aber auch Geld. Wir haben Geld in der Kriegskasse, und wir können etwas erreichen. Aber das Wichtigste ist, dass wir die Handlungsspielräume klug nutzen. Wenn wir schauen, wie wir in der Vergangenheit kutschiert haben, dann kann man sich schon die Frage stellen, ob wir hier gescheit vorgehen, denn wir stützen uns bei der ganzen Übung immer auf den Finanzplan. Und beim Finanzplan haben wir in jedem Jahr, wenn man ein bisschen in die Zukunft schaut, ein Minus von 100 Millionen Franken, das uns droht, und das der Finanzminister oder früher die Finanzministerin hier immer so dramatisch heraufbeschworen haben. Beim Budget sind es dann noch minus 50 Millionen Franken, und bei der Erfolgsrechnung schaut im Durchschnitt ein Plus von 60 Millionen Franken heraus. Die Frage ist also: Wenn wir investieren wollen und müssen, damit wir attraktiv werden und auch im Standortwettbewerb mithalten können, ob wir die richtigen Instrumente haben. Ich bin hier nicht ganz sicher, ich bin der Ansicht, dass uns eigentlich das Richtwertesystem zu stark einschnürt. Wir haben Richtwerte, die sich quasi gegenseitig noch verstärken und die eigentlich unnötig sind. Wir haben ein Gutachten, das die Regierung in Auftrag gegeben hat von Professor Müller, und bei diesem Gutachten schimmert immer wieder durch: Ja, eigentlich würden die ersten vier Richtwerte genügen. Alles andere sind ein bisschen Ergänzungen, und aber eigentlich braucht man das gar nicht, um den Kanton richtig zu steuern. Ich möchte aber einfach daran erinnern, dass wir bei der ganzen Übung, beim Regierungsprogramm und bei den Richtwerten, dass es eigentlich darum geht, also beim Finanzplan, dass wir das, was über die übliche Tätigkeit hinausgeht, dass wir da Akzente setzen und diese klug, damit unsere nachfolgenden Generationen das Gefühl haben, dass wir etwas Gescheites getan haben, dass wir die Weichen richtig gestellt haben. Ich glaube, das ist nicht einmal so schlecht herausgekommen, auch wenn nur Männer am Tisch sassen. Aber ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass wir nicht mehr lange schwatzen in all diesen Bereichen, wenn es um Standortattraktivität, um Fachkräftemangel, um Klimawandel geht, sondern dass wir machen anstatt schwätzen.

Kohler: Ich möchte mich für die gute Zusammenarbeit zwischen der KSS und der Regierung auch im Namen der CVP-Fraktion herzlich bedanken. Wer mit strategischen Prozessen betraut ist, weiss, welche Herausforderungen dabei zu meistern sind, insbesondere, wenn an diesem Prozess auf Kantonsebene Exekutive, Legislative und eine Kommission mitarbeiten dürfen. Unisono haben wir also vernommen, das Instrument ist einfacher geworden, das kann ich gerne bestätigen. Im neuen Regierungsprogramm werden 98 Massnahmen ausformuliert. Ich unterteile diese Massnahmen in zwei Kategorien. Wir haben Massnahmen, die bereits den Charakter von Zielen aufweisen, also da sind die Grossrätinnen und Grossräte schon orientiert, wohin die Reise geht, nämlich z. B. es wird ein neues Gesetz ausformuliert. Weitere Massnahmen sind aber noch wenig differenziert oder müssen noch differenzierter gestaltet werden, Grossrat

Cramer hat dazu ausgeführt, bis dann konkrete Jahresziele daraus werden. Ich wünsche an dieser Stelle der Regierung bei der weiteren Ausformulierung der Ziele, hoffentlich nach Smartkriterien, viel Erfolg und eben, wie wir es gehört haben, auch Mut. Und ich bin überzeugt, dass die Umsetzung der Jahresziele inklusive Controlling einfacher wird. Die Regierung gibt uns mit dem Regierungsprogramm umfassend auch Einblick in die Ausrichtung des Kantons, und sie hat sich grossmehrheitlich, sage ich mal, an die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze gehalten. Vielleicht birgt dieses differenzierte Auflisten der zwölf Regierungsziele, 29 Entwicklungsschwerpunkten, 98 Massnahmen auch Gefahren, dann nämlich, wenn der Grosse Rat diese Massnahmen sehr kritisch beurteilt oder zersetzt. Und darum plädiere ich hier ein bisschen um einen gelassenen Umgang mit diesen Regierungszielen, Entwicklungsschwerpunkten und Massnahmen und vielleicht, Herr Wilhelm, auch etwas Vertrauen. Ich selber habe am Entwicklungsschritt 4.2 Sportkoordination, wenig Freude, ich bin selber sehr sportaffin, gehe aber kritisch mit einer neuen Stellenschaffung für Sportkoordination um. An der Schnittstelle zwischen Gesundheitsbeauftragung, Bauamt, Regionenvertretung, Vertretung der Gemeinden, Vereinen, können wir die Sportförderung mit bestehenden Strukturen gut lösen. Aber die Zukunft wird es weisen, ob es diese Bedarfsanalyse oder diese Bedarfsanalyse zutreffend war oder nicht. Das Regierungsprogramm orientiert den Grossen Rat in neuer Form, wie die zukünftigen Herausforderungen zu meistern sind. Und sie legt offen und transparent den Weg dar. Herzlichen Dank dafür. Gerne unterstütze ich die Eintretensdebatte.

Standespräsident Della Vedova: Das Wort zum Eintreten ist weiterhin offen für die Mitglieder der Kommission. Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur allgemeinen Diskussion. Grossrat Gasser, Sie haben das Wort.

Gasser: Ich möchte alle auch ganz herzlich begrüßen zum Start dieser Session. Ich kann Ihnen gleich vorwegnehmen, dass die ausserparlamentarische Kleingruppe. Es ist keine Fraktion der GLP selbstverständlich für Eintreten in dieses Geschäft votiert. Das vorliegende Regierungsprogramm und die Entwicklungsschwerpunkte sollen es, es wurde schon mal gesagt, mehr als ein Papiertiger oder überhaupt mehr als Papier sein. Es geht um Strategie und Langfristigkeit. Meine Damen und Herren, das Rennen geht jetzt los. Ich bitte Sie aber, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Party vorbei ist. Ich freue mich, wenn die Regierung Leadership zeigt und sich nicht von Interessengruppen gegen die breite Masse der Wählerinnen und Wähler langfristig orientiert. Ich habe Ihnen ein Geschenk mitgebracht, allen meinen Damen und Herren. Es ist ein Geschenk der Inspiration und ich lese aus diesem Büchlein, das ich jetzt der Regierung als Erstes übergeben werde, alle anderen haben Anspruch auf dieses Büchlein. Es ist voller Inspiration. Für mich war es eine ganz grosse Inspiration. Da lese ich Ihnen vor auf Seite 139 «wenn die heutigen Politikerinnen und Politiker ausserstande sind, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, bleiben noch weniger Optionen. Entweder wird nichts unternommen. Dann gerät der Klima-

wandel aus den Fugen und zerstört Milliarden von Leben oder es wird die bestehende politische Führungsriege ausgetauscht. Es sei in einem Wahlprozess oder auf weniger demokratische Weise». Und jetzt erlaube ich mir, der Regierung sowohl das Büchlein zu übergeben mit einer kleinen Widmung, nicht von mir. Ich habe das Buch nicht selbst geschrieben, aber als Geschenk für Inspiration und diese Inspiration wünsche ich allen Ihnen da drinnen. Eine kleine Auflage hat es, es ist gratis, aber Sie sollen es dafür lesen von vorne bis hinten. Ich danke Ihnen ganz herzlich.

Standespräsident Della Vedova: Grossrat Gasser, Sie können das nachher, während der Pause machen. Also, wir fahren weiter. Grossrätin Stiffler, Sie haben das Wort.

Stiffler: Ich habe Grossrat Degiacomi sehr gut zugehört und habe mich folglich aufgefordert gefühlt, hier auch als Frau im Rat etwas zu sagen. Darum danke, dass ich jetzt auch das Wort habe. Ich spreche aber wie üblich im Namen der Fraktion. Die Fraktion unterstützt das Regierungsprogramm und den Finanzplan im Wesentlichen, und viele von Ihnen erinnern sich, die die damals vor vier Jahren hier waren, es kamen sehr viele kritische Stimmen auf. Wir hatten den Überblick nicht mehr, uns fehlten klar die Schwerpunkte. Aktuelle Projekte waren darin nicht einmal beschrieben oder wenn, dann nur am Rande. Jetzt aber wird in diesem vorliegenden Bericht, wir haben es auch von den KSS-Mitgliedern gehört, wird rasch klar, wohin die Reise führt und die Schwerpunkte dazu haben die KSS-Mitglieder im Detail bereits ausgeführt. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass diese Akzente der neuen Projekte uns einiges kosten werden und zwar nicht nur Initialkosten, sondern Folge- oder und wiederkehrende Kosten. Mit Blick auf den Finanzplan können wir uns während der laufenden Legislatur schlicht nicht noch mehr solche wuchtigen Projekte leisten. Es ist jetzt zwingend nötig, dass wir diese drei Schwerpunkte, wie sie auch abgebildet sind, stringent über die folgenden Jahre verfolgen, dabei aber die Finanzlage eng im Auge behalten.

Beim ganzen für uns schlüssigen Regierungsprogramm fehlt der FDP dennoch der Wirtschaftsstandortfaktor. Klar, liest man ihn beim Regierungsziel viel, wo Graubünden als attraktiver Arbeitgeber genannt wird und klar stärkt ein innovativer, digitaler Kanton den Kanton auch als attraktiver Wirtschaftsstandort, aber die harten Fakten fehlen uns in diesem Regierungsprogramm. Wir hätten uns wirklich mehr Akzente zum Wirtschaftsstandort gewünscht. Ebenfalls fehlt der Fraktion eine Priorisierung der Ziele. Sind diese denn alle gleich wichtig für die Regierung? Wäre nicht z.B. der Entwicklungsschwerpunkt Innovation und Forschung, wie hier auch von Vorredner bereits erwähnt, wäre nicht das ein Schwerpunkt, der gewichtet werden sollte, mit Hochdruck angegangen. Welche Teilprojekte sind denn der Regierung zentral und welche weniger? Auch fehlt uns der Blick auf Chancen und dies obwohl im Bericht über ganze zwei Seiten über Trends und Entwicklungen zu Gesellschaft, Technik, Staat, Wirtschaft usw. beleuchtet wurde. Dann noch eine Frage zur Seite 430, wo man die

drei Schwerpunkte, diese Grafik mit den drei Eckpfeilern Innovation, Gründung und vielfältiger Gebirgskanton abgebildet sieht. Was heisst das genau in Zahlen? Hat die Regierung die drei Schwerpunkte beziffert und damit verbunden meine Frage, ob die Regierung Auskunft geben kann, wie sie denn jeden Schwerpunkt gewichtet. Dann beim Finanzplan sieht man ja, dass die Abhängigkeit vom Bund weiterhin sehr hoch ist, mit rund 50 Prozent aller Einnahmen aus Bundesquellen und die Beiträge an Dritte, die wachsen und wachsen und wachsen. Und zwar so, ich habe mich da erkundigt, dass es sich am Gesamtaufwand innert nur 18 Jahren von 20 bis 40 Prozent verdoppelt hat. Das ungebremsste Wachstum in verschiedenen Bereichen, Gesundheit, Bildung, Sozialsystem geht hier munter weiter. Zusätzlich sind die Planungsunsicherheiten sehr hoch.

Die wirtschaftliche Situation ist sehr günstig, das steht auch im Bericht mit tiefen Zinsen, tiefe Arbeitslosigkeit etc. Aber die Finanzplanung beruht eben auf diesen günstigen Annahmen. Und das kann sich auch wieder ändern. Ab 2020 und 2021 haben wir Steuerausfälle von rund 50 Millionen Franken im Jahr. Grossrat Wilhelm hat es auch gesagt, aber nicht im Detail. Was ist das, das ist die STAF-Umsetzung, die wollten wir. Es sind die Entlastungen bei den juristischen Personen und bei der Erbschaftssteuer, die wollten wir. Das ist auch alles gut so, aber schlussendlich zusammen mit dem NFA fehlen uns jetzt schon, also in einem Jahr bereits 50 Millionen Franken pro Jahr. Und wir haben es gesehen, jetzt mehrmals gehört. Wir reden von Defiziten von bis zu 100 Millionen Franken. Diese Defizite waren vor Kurzem noch weit weit weg und sie wurden immer wieder belächelt in diesem Raum und sie waren Jahre weg, auch für mich und plötzlich stehen sie vor der Tür. Wir rechnen ab nächstem Jahr, also sehr nah mit den ersten Defiziten. Wir alle tragen hier eine sehr hohe finanzpolitische Verantwortung und genau darum ist es so wichtig, dass wir finanzpolitische Richtwerte setzen und nicht nur eins bis vier. Wir müssen diesen Kantonshaushalt im Gleichgewicht halten. Die Grossrätinnen und Grossräte dürfen dabei eben nicht nur das Eigenkapital anschauen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass gerade bei der Ratslinken, nur das angeschaut wird. Wir müssen die Entwicklungen anschauen und dazu gehört eben auch die Ausgabenseite. Und solch ein ausgabenfreudiges Regierungsprogramm, wie das uns Vorliegende, bringt eben auch Gefahren und verträgt jetzt wirklich keine zusätzlichen Ausgaben mehr. Die FDP wird sich in der nachfolgenden Debatte für die finanzpolitischen Richtwerte einsetzen und ist damit für eintreten.

Loepfe: Ich erlaube mir, auch meine Meinung in diese Eintretensdebatte einzubringen. Ich habe mich bereits in der Augustsession zum Erlass übergeordneter politischer Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2021 bis 2024 geäussert. Ich habe damals meine Erwartungshaltung zum Regierungsprogramm und Finanzplan kundgetan. Dies mit dem Hintergrund, dass ich damals KSS-Präsident gewesen bin, als die integrierte Aufgaben- und Finanzplanung geschaffen und erstmals angewandt wurden. Es ging damals wie heute darum, Fokus zu setzen und die strategisch koordinierte Entwicklung unseres

Kantons in einem Vierjahresfenster anzustossen und zu steuern. In eben diesem Sinne habe ich mich auch in der Dezembersession beim Jahresprogramm 2020 und Budget 2020 des Kantons Graubünden geäußert. Wichtig ist es mir, nochmals darauf hinzuweisen, dass es in der kommenden Vierjahresperiode nicht darum geht, dass alle und jede Lobbygruppe und jeder hier einsitzende Grossrat oder Grossrätin sich selbst verwirklicht sieht. Fokus setzen heisst, nur von den Schwerpunkten zu reden, wo auch bereits geplante Entwicklung stattfinden kann. Das heisst aber nicht, dass alles, was im Regierungsprogramm nicht beschrieben wird, nicht stattfindet. Es findet genauso statt wie immer, nur ist es eben kein Entwicklungsschwerpunkt in der Periode 2021 bis 2024. KSS-Kommissionspräsident Bruno Claus hat mich am Neujahrskonzert der Churer Philharmonie gebeten, auch einmal etwas Positives zum Regierungsprogramm und Finanzplan zu sagen. Und damit auch zur Arbeiterkommission. Ich versuche es heute einmal. Sie können mir dann im Anschluss sagen, ob es mir gelungen ist. Insgesamt ist das vorliegende Werk ansprechend in Struktur, Inhalt und Erscheinung. Die Visualisierungen sind gelungen und hilfreich. Der Regierung und soweit bereits bei der Entstehung involviert der KSS sind ein Kränzchen zu winden. Der von mir im letzten Regierungsprogramm bemängelte Fokus ist jetzt vorhanden. Das wird im Gegenzug wieder all jene auf den Plan rufen, die sich eben nicht berücksichtigt sehen. Wir haben diese Voten bereits gehört. Aber das soll eben so sein. Das ist das Wesen der Schwerpunktsetzung. Nun zu den Verbesserungspotenzialen: Ich hätte mir gewünscht, und Ratskollegin Stiffler hat das eben auch gesagt, dass alle Mehrbelastungen durch die Entwicklungsschwerpunkte in Kapitel 372 auf den Seiten 520 und 521 ausgewiesen worden wären, und nicht nur diejenigen des Green Deals. Mir ist klar, dass dies schwierig ist und nur auf Abschätzungen beruhen kann, aber so hätte der Grosse Rat zumindest eine Information zur finanziellen Gewichtigkeit jedes einzelnen Entwicklungsschwerpunktes gehabt. Vielleicht versucht dann die Regierung das in vier Jahren besser zu machen. Im generellen Überblick, scheint mir, dass die Regierung drei neue Allzweckheilmittel für so ziemlich alle in Graubünden zu lösende Probleme hat. Es sind dies: Think-Tanks, digitale Plattformen beziehungsweise Portale und Fachstellen beziehungsweise Koordinatoren. Ohne auf die einzelnen Punkte schon jetzt einzugehen, so will ich doch festhalten, dass ich zur Etablierung von neuen Plattformen sehr kritisch eingestellt bin. Ich bin sicher nicht alleine derjenige, der sagt, dass es bereits heute zu viele Plattformen gibt und niemand mehr wirklich die Übersicht hat. Viele Anspruchsgruppen verweigern deshalb die Registration auf diesen neuen Plattformen. Der Trend ist nicht zu neuen Plattformen, sondern zur Integration in bereits bestehende und viel genutzte Plattformen. Auch zur Etablierung von Fachstellen und Koordinatoren bin ich kritisch eingestellt, wenn dies zu einer Zunahme des Personalbestands führen wird, denn wie wir in den weiteren Diskussionen sehen werden, wir haben einen erheblichen Aufwärtsdruck beim Personalbestand mit all dem, was entweder vom Bund an Regulation gekommen ist, im Raumplanungsbereich oder was

wir uns selbst auferlegt haben. Darüber werden wir dann noch diskutieren. Lieber Kommissionspräsident Claus, ich hoffe, ich habe mein Versprechen gehalten und ich bitte Sie, auf das Regierungsprogramm und den Finanzplan 2021 bis 2024 unterstützend einzutreten.

Casutt-Derungs: Ich spreche dann auch im Namen der Geschäftsprüfungskommission des Kantons. Die Geschäftsprüfungskommission hat gemäss Art. 21 des Grossratsgesetzes sowie Art. 22 Abs. 3 lit. d der Geschäftsordnung des Grossen Rats einen Mitbericht zum Finanzplan zu verfassen. Diesen Mitbericht hat sie auch für diese Beratung verfasst, der wurde am 15. Januar 2020 von der GPK-Gesamtkommission verabschiedet. Wie Sie dem KSS-Protokoll entnehmen können, hat die KSS auch am 15. Januar 2020 ihre letzte Sitzung gehabt. Vom Mitbericht der GPK konnten die Mitglieder erst im Nachhinein Kenntnis nehmen. Diese Terminkoordination war sicher suboptimal und sollte, sofern künftig die gleichen Zuständigkeiten bei der Beratung der Botschaft über das Regierungsprogramm und den Finanzplan gelten, unter den Kommissionen besser abgestimmt werden. Nun zu den Ausführungen der GPK im Mitbericht, ein paar kurze Ausführungen: Die GPK hat sich in ihrem Mitbericht schwergewichtig mit dem Kapitel 3 Finanzplan und den darin enthaltenen finanzpolitischen Richtwerten befasst. Bei der Durchsicht der übrigen Berichtsabschnitte richtete sich die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Inhalte und Auswirkungen mit engerem Bezug zum Tätigkeitsgebiet der GPK. Aufgrund der guten Entwicklung des Staatshaushaltes sowohl in der letzten als auch in der laufenden Finanzplanperiode kann die kommende Finanzplanperiode 2021 bis 2024 mit einer guten und soliden finanziellen Basis angegangen werden. Einen Hauptanteil an dieser guten Situation haben Sondereinnahmen wie beispielsweise mehrmalige doppelte Auszahlung des Beitrages der Schweizerischen Nationalbank, Teilverkauf von Aktien der Ems Chemie Holding, Rückerstattung von Postauto Graubünden, höhere Beiträge des Bundes aus dem NFA usw. So erfreulich dies ist, zeigt es auch, dass der Staatshaushalt in hoher Abhängigkeit von ausserordentlichen Faktoren steht. Meine Vorrednerin, Grossrätin Stiffler, hat dies auch bereits erwähnt und ich teile ihre Ausführungen. Während mit weiterhin steigenden Aufwänden zu rechnen ist, muss in Betracht gezogen werden, dass durch die verschiedenen Gesetzesänderungen und Gesetzesanpassungen, welche in diesem Rat beschlossen wurden, in der kommenden Finanzplanperiode Mindereinnahmen zu verzeichnen sein werden, Mindereinnahmen, welche schwer absehbar sind.

Der von der Regierung vorgelegte Finanzplan zeigt diese Tendenz mit stärker werdenden negativen Gesamtergebnissen der Erfolgsrechnung von über 100 Millionen Franken. Ich möchte hier aber bemerken, dass die Vorgaben für die Erarbeitung des Finanzplanes weit weniger streng sind als beim Budget und auch die Unsicherheiten auf Seiten Bund auf längere Sicht grösser sind, weswegen es schwieriger ist, den Finanzplan genauer festzulegen. Ganz wichtig und entscheidend ist hingegen eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit günstiger Währungs- und Teuerungssituation. Auf Seite 539 der Bot-

schaft legt die Regierung drei Prioritäten fest, nach welchen sie vorzugehen gedenkt um das Haushaltsgleichgewicht zu sichern. Die GPK unterstützt diese Massnahmen, insbesondere die unter Priorität 1 mit dem Titel Stärkung und Nutzung bestehender Instrumente werden die dort erwähnten Absichten, insbesondere eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sowie die Flexibilisierung der kantonalen Gesetzgebung zur Lockerung von bestehenden Aufgabenbindungen von der GPK begrüsst. Es geht um eine vorausschauende Schaffung von Handlungsspielräumen, wie es übrigens auch Art. 42 des Finanzhaushaltsgesetzes festhält. Die Regierung soll mit diesen Massnahmen das Haushaltsgleichgewicht sichern, um kommende Sparübungen vermeiden zu können. Sollte das Haushaltsgleichgewicht trotz allem nicht gehalten werden können, umschreibt die Regierung in Priorität zwei das Vorgehen, wann ein umfassendes Entlastungspaket geschürt werden soll. Die Regierung leitet ein solches Vorgehen ab von Defiziten in der Jahresrechnung, im Budget und in der Finanzplanung.

Die Geschäftsprüfungskommission spricht sich dafür aus, dass bei der Entscheidungsfindung nicht nur diese drei Faktoren, also die Jahresrechnung, das Budget und den Finanzplan anzuschauen sind, sondern, dass auch die Bilanzsituation zu berücksichtigen ist. Aufgrund der seit der Erarbeitung der Botschaft eingetretenen Entwicklung, ich nehme an, die Ausschüttung der SNB-Beiträge, Jahresbericht GKB usw. und der guten finanziellen Basis, geht die GPK nicht davon aus, dass in der Finanzplanperiode 2021 bis 2024 die als dritte Priorität genannten Massnahmen zu treffen sein werden. Als dritte Priorität wurde ein Leistungsabbau verbunden mit Steuererhöhungen vorgesehen.

Die Steuerung des Finanzhaushaltes mittels finanzpolitischer Zielvorgaben hat sich bewährt. Und die GPK achtet die finanzpolitischen Richtwerte als wichtige Steuerinstrumente, um den Staatshaushalt mittelfristig ausgeglichen und leistungsfähig zu halten. Die GPK steht hinter den von der Regierung angepassten finanzpolitischen Richtwerten. Ich bin für Eintreten.

Marti: Ich habe mit grossem Interesse jetzt vor allem der Kommission zugehört, denn das abgegebene Protokoll ist ja in Anbetracht der Bedeutung dieser Vorlage, in Anbetracht der doch wichtigen Themen eigentlich relativ mager ausgefallen. Man kann nur erahnen, was die Kommission beraten hat und es ist eigentlich schade, dass im Protokoll nicht mehr von diesen Voten, die ich nun zuhören durfte, auch festgehalten sind. Ich darf feststellen und ich richte mich vor allem an die Vertreter der CVP, Sie haben schon sehr viele gute Dinge jetzt gesagt. Das war sehr wertvoll, dass Sie doch noch verschiedene Punkte erwähnt haben, die meiner Meinung nach, eben doch zu undefiniert und zu kurz gekommen sind, zu wenig konkret und zu wenig griffig sind. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich natürlich einfach eine höhere Erwartung habe, wie die entsprechenden Massnahmen und Ziele formuliert sein sollen. Ich komme dann vor allem noch einmal, zum Beispiel bei Punkt 4, dann kurz darauf zu sprechen. Nun, Ratskollege Claus hat auch mich gebeten, ich solle doch einmal etwas Positives sagen. *Heiterkeit.* Es ist gar nicht so einfach

eigentlich, aber natürlich, ich sage es mal so: Auch ich finde meine Arbeit besser, als diejenige, die ich kritisieren. Also in diesem Sinne, sage ich wirklich auch, Sie haben da wirklich versucht, sich zu verbessern. *Heiterkeit.* Nun, was ist diese Botschaft eigentlich ein wenig? Diese Botschaft ist eher eine Reaktion, ein Reaktionsplan als ein Aktionsplan. Sie finden in der Ausgangslage viele Risiken, sehr viele Risiken, und dann die Antwort darauf, wie die Regierung auf diese Risiken dann eben reagieren möchte. In diesem Sinne ist die Botschaft gut ausgefallen. Ob dann die Risiken, und das vermisste ich ein wenig, ob dann die Risiken priorisiert, z. B. nach Eintretenswahrscheinlichkeit oder nach der entsprechenden Wichtigkeit für den ganzen Kanton dann auch irgendwie beurteilt worden sind, das fehlt in der Botschaft. Man sollte wahrscheinlich auf die Eintretenswahrscheinlichkeit von Risiken und auf die Wucht, wenn so etwas dann eintritt, dann auch entsprechend die Massnahmen steuern und dementsprechend auch die Mittel und die Zeitachse dazu definieren. Das fehlt mir dann aber doch in der Botschaft.

Was wirklich zu kurz gekommen ist, sind die Aktionen. Also, wo agiert man und wo möchte man Akzente setzen, wo man sich auch abhebt, gegenüber beispielsweise der Konkurrenz, anderen Kantonen oder eine spezielle Positionierung herauszuarbeiten und ich nehme sinnbildlich dafür wirklich den Punkt 4, wo der Gebirgskanton als attraktiver Arbeits-, Lebens- und Erholungsort positioniert sein soll. Das ist ein gutes Ziel. Wenn man dann aber den ES 41 anschaut, dann sagt man so sinngemäss: «Ja, wir sind eigentlich gut und wir müssen es noch ein bisschen besser verkaufen. So ein bisschen mehr Werbung machen, dann genügt das schon». Beim ES 42 sagt man: «Ja, etwas mehr Sport.» Und da machen wir dann etwas davon. Die Ziele und Massnahmen sind dann etwas nebulös. Und beim ES 43: Man fördert dann noch die Familienfreundlichkeit und damit hat man den Kanton bezüglich Attraktivität, Arbeits-, Lebens- und Erholungsort positioniert. Man macht keine Aussagen zu Infrastrukturanlagen. Man macht keine Aussagen über in welchen Bereichen wir stark sein wollen, wo wir vielleicht Ergänzungsangebote haben und wo wir vielleicht auch nicht tätig sein wollen. Ich glaube, einfach in der Positionierung, in der Art und Weise wo man hinkommen möchte, ist das viel zu wenig. Noch einmal, hier hat die CVP sehr gut gesprochen, aber auch der Vertreter der SVP hat es richtig gesagt, die Priorisierung fehlt und der Massnahmenkatalog dahinter. Hier verspreche ich mir mehr. Ich glaube, aufgrund der Eintrittsdebatte, dass die Kommission gute Arbeit geleistet hat, aber vielleicht sich auch ein wenig vom schönen Gewand der Botschaft, dann vielleicht verleiten, die es nicht konsequent genug auch die Forderungen einzubringen und auf den Punkt zu bringen und Ihrem Rat zur Kenntnis zu bringen. Das bedauere ich in dieser Sache.

Wenn Sie mich fragen, wo die grossen Risiken sind, die grossen Chancen sind, sag ich mal, die grossen Risiken sehe ich vor allem dort, wo wir es nicht selbst beeinflussen können, beispielsweise bei den internationalen Konflikten, bei den Währungsproblemstellungen und bei der Alterung. Wo sehe ich die grossen Chancen, wo wir uns positionieren können? Ich glaube, beispielsweise nebel-

freie Zone. All das, was hier stattfinden kann, kann in der Schweiz nicht so eng stattfinden. Ich sehe grosse Chancen beispielsweise in Talschaftszentren, wo man sich konzentrieren könnte. Ich sehe grosse Chancen natürlich im Tourismus und in den Gebieten rund um den Tourismus, ergänzend im Schulbereich, ergänzend im Bereich der Forschung entsprechend. Mir sind diese Punkte ein wenig zu kurz gekommen.

Zum Schluss möchte ich mich noch an Ratskollege Gasser richten, der jetzt leider nicht mehr im Saal sitzt. Er hat uns ein Buch versprochen, ein Geschenk. Ich bin nicht sicher, ob ich dieses Geschenk annehmen möchte. Er hat daraus vorgelesen. Er hat daraus vorgelesen, dass man entweder die politischen Vertreter, die haben das zu tun, was man will oder sonst greift man zu anderen Mitteln. Ich bin nicht einverstanden mit dieser Aussage. Ich stelle eine Tendenz fest und ich sage das hier in diesem Rat auch ganz klar: Je länger die Debatten auch in diesem Rat geführt werden, desto mehr stelle ich fest, dass eine gewisse Radikalisierung in diese Richtung geht: «Entweder machen die Politiker, was wir fordern oder sonst greifen wir zu anderen Massnahmen.» Ich bitte, gerade in dieser Frage, nicht aufzuhören die Demokratie hochzuhalten, den Respekt und den Anstand vor jedem Politiker einzuhalten und zu respektieren, dass wir Strukturen haben, wo einer alleine nicht entscheiden kann, sondern eben nur die Mehrheiten beschliessen. Und wenn man mit diesem System nicht leben kann, dann kann man nicht einfach zu anderen Mitteln greifen, weil es gibt kein besseres Mittel als unsere Demokratie. Ich möchte bitten, dies zu respektieren und Herrn Gasser bitten, er soll doch diesem Buchautor das auch entsprechend ausrichten.

Cavegn: Wir haben aufgrund der von uns in der August-session verabschiedeten übergeordneten politischen Ziele das Regierungsprogramm 2021 bis 2024 mit 12 Regierungszielen und 29 Entwicklungsschwerpunkten und mit 98 Massnahmen vorgelegt bekommen. Wir dürfen feststellen, dass sich das Regierungsprogramm im Wesentlichen mit den im August vom Grossen Rat verabschiedeten Handlungsfeldern deckt. Die CVP kann diese Ziele im Regierungsprogramm im Wesentlichen teilen und ist für Eintreten auf die entsprechenden Beratungen. In den einzelnen Punkten werden sich Mitglieder unserer Fraktion zu den einzelnen Entwicklungsschwerpunkten noch äussern. Es wird von der CVP begrüsst, dass die Regierung die Schwerpunkte in den nächsten vier Jahren in den Bereichen Digitalisierung und Innovation, Green Deal und vielfältiger Gebirgskanton, setzen wird. Im Übrigen, Ratskollege Marti hat es gesagt, scheinen die einzelnen Punkte dann doch etwas beliebig zu sein und eine Priorisierung ist nicht erfolgt, wobei das vielleicht auch in der Natur der Sache dieses Regierungsprogramms liegen könnte.

Aber die CVP vermisst gleichwohl etwas Engagement, vor allem in der Bildungspolitik. Der Bildungsstandort Graubünden wurde immer vom Grossen Rat hochgehalten, auch in den letzten Jahren, und es fehlt die Umsetzung einer Bildungsstrategie, gerade im Regierungsprogramm. Ich erwähne namentlich die Fachhochschulen in Graubünden, aber auch die vom Grossen Rat beschlos-

senen Informatikmittelschulen, und, ich nehme das Votum von Standespräsident Della Vedova auf, die Höheren Fachschulen und die Berufsbildung darf nicht vernachlässigt werden. Die CVP wird sich dem Antrag der Kommission zur Abgabe einer Erklärung betreffend Prüfung der Ansiedlung von dezentralen Einheiten anschliessen, da die dezentrale Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in den Regionen immer ein Anliegen war. Grossrat Cramer hat darauf hingewiesen. Mit Blick auf den Finanzplan oder generell die Kantonsfinanzen möchte ich festhalten, dass der CVP-Fraktion die in Entwicklungsschwerpunkt 1.3 erwähnten soliden Finanzen ein Anliegen sind. Und genau dort nehmen wir ja das Regierungsprogramm nicht nur zur Kenntnis, sondern können wir heute oder wahrscheinlich eher morgen Beschlüsse fassen.

Die CVP unterstützt weiterhin die finanzpolitischen Richtwerte. Diese garantieren einen stabilen Finanzhaushalt, welcher für die CVP-Fraktion von grösster Bedeutung ist. Wir als Parlament benötigen ein finanzpolitisches Gewissen hier im Grossen Rat. Ratskollege Claus hat das ebenfalls auch ausgeführt. Mit dem System der finanzpolitischen Richtwerte besteht Gewähr, dass die Kantonsfinanzen im Lot bleiben. Es besteht aus Sicht der CVP kein Handlungsbedarf, diese Richtwerte unter dem Titel Erweiterung der Handlungsspielräume aufzuweichen. Die Richtwerte setzen Leitplanken, die, wenn wir sie auch tatsächlich einhalten, dazu führen, dass wir in der Jahresrechnung plus/minus einen ausgeglichenen Haushalt erhalten. Insbesondere der derzeit geltende finanzpolitische Richtwert 1, welcher die Regierung dazu zwingt, ein budgetiertes Defizit von höchstens 50 Millionen Franken einzuhalten, führt letztlich dazu, dass wir, wie die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, plus/minus ein ausgeglichenes Jahresergebnis erhalten. Und wenn die Ausgaben tatsächlich mehr ansteigen als die Erträge, so ist die Regierung laufend gezwungen, entsprechendes Sparpotenzial auszuschöpfen.

Die CVP unterstützt daher den von der Regierung vorgelegten Richtwert 1 und ist gegen die Erhöhung oder dessen Erhöhung auf 80 Millionen Franken. Zudem stimmt die grosse Mehrheit der Fraktion für die Streichung des finanzpolitischen Richtwertes 9, um nicht durch die Hintertüre GrFlex einzuführen. Dabei betont die Fraktionsmehrheit, dass sie die Regierung nicht damit beauftragen möchte, ab sofort, statt eines GrFlex-Mantelgesetzes, eine Flexibilisierung aller Gesetze, ob teilrevidiert oder neu, vorzusehen. Ein grosses Fragezeichen setze ich hinter die Ausführungen der Regierung auf Seite 539 betreffend umfassendes Entlastungspaket, wenn ein strukturelles Defizit von einmalig mehr als 530 Millionen Franken, und dass das nächste Budget und der Finanzplan in den drei Folgejahren durchschnittlich mehr als 85 Millionen Franken Minus betragen würde. Das Starten eines umfassenden Entlastungsprogrammes braucht unseres Erachtens dann doch mehr als nur diese kleine Betrachtungsweise. Die finanzielle Situation muss viel mehr gesamtheitlich betrachtet werden, aber das können wir dann diskutieren, wenn wir in der Detaildiskussion soweit sind. Wir sind für Eintreten.

von Ballmoos: Bitte entschuldigen Sie, wenn ich den latenten Optimismus hier drin ein wenig dämpfe. Es sind viele schöne Worte, viele hehre Ziele in diesem Regierungsprogramm, und aus meiner Warte einiges weit entfernt von den Bündner Realitäten. Was wollen wir z.B. mit der Erarbeitung von Zielgruppendefinitionen beim Regierungsziel 4 Standortmarketing? Die oberste Priorität hat für mich bei diesem Ziel, aufzuräumen. Das Bild von Graubünden ist durch die Baukartellgeschichte gezeichnet. Die Vergabepaxis, die wir diese Session noch behandeln, Anfrage Wilhelm, die Geschichte am Kantonsgericht Graubünden, zeichnen kein schöneres Bild von Graubünden. Auch beim Regierungsziel 6 werden meine Erwartungen gedämpft. Kollege Cramer pocht bereits in der Eintretensdebatte darauf, dass alle Spitalstandorte erhalten werden müssen. Dieses Festhalten an gewachsenen Strukturen kann bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung zuwiderlaufen. Dasselbe lässt sich übrigens auch für Mittelschulen sagen. Dinge verändern sich, auch bei uns im Kanton Graubünden. Genau deshalb ist Innovation gefragt. Doch da in Graubünden die Assoziation von Veränderung gleich Verschlechterung des Ist-Zustands weit verbreitet ist, sehe ich viele Innovationen, die Symptome bekämpfen statt wirklich Neues in die Wege leiten.

Zusammengefasst möchte ich uns allen auf den Weg geben: Wenn wir den Wandel erkennen, haben wir noch Optionen, uns anzupassen. Wandel erkennen wir oft. Avenir-Suisse-Studien zeigen den Wandel. Das Weissbuch zum Tourismus sind nur zwei Beispiele. Leider setzen wir dazu relativ wenig um. Sobald wir in die Wand gefahren sind, bleibt uns ds'Schüfeli und z'Bäseli, sei dies bei einer Schule oder bei einem Spital oder beim Verkehr. Packen wir es an und verändern wir und erhalten nicht mehr. Trotzdem bin ich dafür, auf die Vorlage einzutreten.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Herr Regierungspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Rathgeb: Das Regierungsprogramm und der Finanzplan sind die zentralen Instrumente der strategischen und der politischen Steuerung im Kanton Graubünden. Sie bilden die mittelfristige Schwerpunktbildung der Regierung. Im Regierungsprogramm sind die wichtigsten Ziele und Aktivitäten der Regierung für die kommenden vier Jahre enthalten. Mit dem Regierungsprogramm abgestimmt hat die Regierung den Ihnen vorgelegten Finanzplan. Das Regierungsprogramm umfasst 12 Regierungsziele sowie 29 konkrete Entwicklungsschwerpunkte mit 98 dazugehörenden Umsetzungsmassnahmen. Die drei Kernpunkte des Regierungsprogramms fassen den strategischen Fokus des Regierungsprogramms 2021 bis 2024 zusammen. Im Kanton Graubünden ist die Kooperation zwischen Parlament und Regierung bei der Erarbeitung der politischen Planung ausgeprägt vorhanden. Die Gesetzgebung verpflichtet den Grossen Rat und die Regierung, bei politischen und strategischen Planungen eng zusammenzuwirken. Grundlagen sind gemeinsam zu erarbeiten und die Planungen sind zu koordinieren. Die übergeordneten

politischen Ziele und Leitsätze, die Sie, die der Grosse Rat in der vergangenen Augustsession verabschiedet hat, stellen sozusagen den strategischen Überbau des Regierungsprogramms dar und sind sehr umfassend. Die Regierung ihrerseits hat im Rahmen dieser politischen Leitplanken das Regierungsprogramm als Schwerpunktprogramm erstellt. Der Grosse Rat behandelt nun das Regierungsprogramm und den Finanzplan. Dabei prüft er auch die Einhaltung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze.

Das Regierungsprogramm und der Finanzplan wurden in einem mehrstufigen Prozess von der Regierung erarbeitet. Mit den Regierungszielen legt die Regierung fest, welche Ziele sie im Rahmen dieses Regierungsprogramms 2021 bis 2024 erreichen möchte. Die Regierungsziele weisen eine überdepartementale Sicht auf. Sie dienen dazu, die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze zu konkretisieren. Die Regierungsziele werden durch diese Entwicklungsschwerpunkte umgesetzt. Die Entwicklungsschwerpunkte ihrerseits enthalten je ein Wirkungsziel, die geplanten Massnahmen und die entsprechenden Erläuterungen. Die Regierung behält sich vor, von den Planungen abzuweichen, wenn unvorhergesehene Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen dies erfordern. Die Erarbeitung des Regierungsprogramms 2021 bis 2024 erfolgte in Anlehnung an die Erfahrungen aus den bisherigen Regierungsprogrammen. Bei der Darstellung und beim Aufbau des Regierungsprogramms wurden, wie es bereits gesagt wurde, wesentliche Anpassungen vorgenommen. Die Regierung möchte dadurch die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit des Regierungsprogramms verbessern. Die Nummerierungslogik der Entwicklungsschwerpunkte wurde angepasst. Die zur Erreichung des Entwicklungsschwerpunkts dienenden Massnahmen sind jeweils abgebildet und erläutert. Ebenfalls wird bei den Entwicklungsschwerpunkten auf die jeweiligen übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze, welche Sie erlassen haben, verwiesen. Die Kernpunkte legen neu die strategischen Stossrichtungen des Regierungsprogramms dar.

Ich danke dem KSS-Präsidenten, Grossrat Claus, für die enge und gute Zusammenarbeit der Verbesserung dieser ganzen Planungsthematik und des Programms. Analog zu den Anpassungen im Regierungsprogramm sieht die Regierung vor, künftig die Erfolgskontrolle zu verbessern, mit dem Ziel, die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu erhöhen. Die Regierung setzt ab 2021 die auf die Planungsperiode von vier Jahren ausgelegten Entwicklungsschwerpunkte wie bis anhin anhand von Jahreszielen um. Dabei werden die pro Entwicklungsschwerpunkt vorgesehenen Massnahmen konkretisiert. Im Vergleich zu bisher soll analog dem Regierungsprogramm auch im Jahresprogramm die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit verbessert werden. Ebenfalls ist geplant, die Erfolgskontrolle der Jahresziele entsprechend neu zu gestalten.

Für die Umsetzung des Regierungsprogramms 2021 bis 2024 hat die Regierung Mehraufwände in der Höhe von 52,5 Millionen Franken eingeplant. Dies entspricht in etwa den Kosten des aktuellen Regierungsprogramms. Dazu kommen noch zwei Sonderfinanzierungen im Bereich Digitalisierung und Klimawandel von zusam-

men fast 80 Millionen Franken. Die Ausgangslage für den Kanton Graubünden ist gemäss Lagebeurteilung der Regierung weiterhin anspruchsvoll. Einige Herausforderungen haben sich im Vergleich zu vor vier Jahren leicht abgeschwächt. Die Baubranche stellt sich zwar dem Strukturwandel, welcher durch die Zweitwohnungsinitiative ausgelöst wurde. Dieser ist aber weiter im Gang und bleibt herausfordernd. Die Tourismusbranche konnte durch diverse Massnahmen die Folgen der lang anhaltenden Euroschwäche teilweise kompensieren. Der Aufschwung der letzten Jahre darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Herausforderungen im Tourismus gross bleiben. Der Kantonshaushalt ist zurzeit, und auch das wurde wiederholt gesagt, im Lot. Die Aussichten sind jedoch gedämpft. Andere Herausforderungen, wie der Klimawandel, der Medienwandel und der Fachkräftemangel, werden zunehmen. Die Komplexität und Vernetzung in Staat und Politik und der Druck auf den Föderalismus nehmen ebenfalls zu. Nicht zu vergessen sind die Entwicklungen der Weltwirtschaft und der Geopolitik. Die Digitalisierung und die weiter steigende Bedeutung der Metropolen bringen Chancen wie auch Risiken für den Kanton Graubünden. Was für den Kanton Graubünden zudem zu beachten ist: Die unterschiedlichen Räume des Kantons haben sich bereits in der Vergangenheit ungleich entwickelt. Auch das wurde von verschiedenen Votanten erwähnt. Es ist davon auszugehen, dass die Einflüsse der verschiedenen Trends und Entwicklungen ebenfalls zu unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Gebieten des Kantons führen werden. Mit dem Regierungsprogramm versucht die Regierung, die Chancen dieser Entwicklungen für den Kanton zu nutzen und die Risiken zu minimieren.

Das Ziel des Regierungsprogramms 2021 bis 2024 ist es, eine positive Entwicklung der unterschiedlichen Räume im Kanton zu ermöglichen und zu unterstützen. Dabei möchte die Regierung als Kernpunkte erstens Graubünden als innovativen Gebirgskanton besser positionieren und an der digitalen Zukunft ausrichten, zweitens Graubünden in Zeiten des Klimawandels mit einem Green Deal nachhaltig entwickeln, und drittens Graubündens Vielfalt fördern. Die bestehenden Standortvorteile im Kanton Graubünden sollen besser ausgeschöpft werden. Damit soll ein Beitrag dafür geleistet werden, nicht nur die Abwanderung zu stoppen, sondern die Zuwanderung von Familien und Fachkräften zu fördern. Das Regierungsprogramm berücksichtigt ebenfalls die wichtigsten Aspekte der nachhaltigen Entwicklung durch den auf Generationen ausgerichteten Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Interessen. Die Kernpunkte sind danach ausgerichtet. Die im Regierungsprogramm 2021 bis 2024 formulierten Regierungsziele und Entwicklungsschwerpunkte fokussieren sich auf die drei genannten Kernpunkte, nämlich Digitalisierung und Innovation, Green Deal und vielfältiger Gebirgskanton.

Wenn Sie nun sagen, wir würden nicht priorisieren, stimmt das nicht. Es wären 200 oder 250 andere Entwicklungsschwerpunkte denkbar. Wir haben uns auf 29 genau in diesen drei Kerngebieten fokussiert, und wir haben diese Fokussierung vorgenommen, gestützt auf

Ihre von Ihnen erlassenen übergeordneten Leitsätze. Sie haben uns geleitet, diese Priorisierungen im Regierungsprogramm vorzunehmen, auch eine Priorisierung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, wie ich gesagt habe, für laufende Projekte, Entwicklungsschwerpunkte, von etwa 52 Millionen Franken und für Mittel aus dem Eigenkapital von etwa 80 Millionen Franken.

Zur Digitalisierung und Innovation, also zum ersten Kernpunkt: Die Regierung möchte Graubünden mit Bildung und Forschung als innovativen und digitalen Kanton stärken. Dabei soll an den Bündner Erfindungs- und Pioniergeist angeknüpft werden. In einer zunehmend komplexeren Welt sind Innovation und Vernetzung der Schlüssel zum Erfolg. Grenzüberschreitende, funktionale Räume gewinnen weiter an Bedeutung. Eine bessere Vernetzung des Kantons und gezielte Partnerschaften, insbesondere im Bereich Bildung und Forschung, sollen dazu beitragen, dass sich der Kanton Graubünden im Standortwettbewerb um Unternehmertum und Fachkräfte besser positionieren kann. Durch entsprechende Massnahmen sollen die Innovationskraft in der Wirtschaft gesteigert, die Wirtschaft diversifiziert und die benötigten Fachkräfte ausgebildet werden. Für unseren weitläufigen Kanton ist die digitale Transformation Chance und Gefahr zugleich. Verpasst Graubünden die digitale Zukunft, werden die Disparitäten zu den urbanen Gebieten noch grösser. Nimmt der Kanton die Chance wahr und unterstützt die digitale Transformation aktiv, kann er sich an die digitale Zukunft ausrichten und davon profitieren. Der Rahmenverpflichtungskredit von 40 Millionen Franken ist ein Mittel genau dafür.

Zum zweiten Kernpunkt: Der Green Deal ist die Bündner Antwort auf den Klimawandel im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. Der Gebirgskanton Graubünden ist einerseits vom Klimawandel und dessen Auswirkungen stärker betroffen als andere Gebiete der Schweiz, andererseits sind die erneuerbaren Energiequellen, insbesondere die Wasserkraft, in Graubünden bereits stark. Graubünden kann daher eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen, gerade was die Energieproduktion anbelangt. Dafür soll ein Verpflichtungskredit zum Green Deal in der Höhe von fast 40 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Die erstklassigen Natur- und Kulturlandschaften und die Biodiversität gehören zu den wertvollsten Ressourcen in Graubünden. Mit ihrer Anziehungskraft, der identitätsstiftenden Wirkung, dem Erholungs- und Klimawert bildet die Landschaft die Lebensgrundlage für einen Grossteil der Bevölkerung. Der Stellenwert der einzigartigen alpinen Kulturlandschaft und die Biodiversität sollen mit geeigneten Massnahmen erhalten werden.

Zum dritten Kernpunkt: Die Regierung möchte den vielfältigen Gebirgskanton Graubünden als Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensort stärken. Graubünden soll als alpine Metropole, welche Urbanität mit dem alpinen Raum verbindet, sowie als Kreativitäts- und Denkort bekannter werden. Seine Stärken und Standortvorteile als Bergkanton in intakter Kultur- und Naturlandschaft mit einer grossen kulturellen und sprachlichen Vielfalt, mit moderaten Steuern sowie einem grossen Freizeit- und Kulturangebot sollen besser vermarktet werden. Graubünden ist bekannt für seine sprachliche und kulturelle

Vielfalt. Das Zusammenspiel gleichrangiger Gebiete ist eine Stärke unseres Kantons. Die natürlichen, durch die Berge geprägten Räume sind mit ein Grund für unsere Vielfalt und prägen unsere Identität. Diese Vielfalt will die Regierung langfristig erhalten. Der Erhalt der rätoromanischen und italienischen Sprache und die Bündner Kultur in einer digitalen Welt sollen mit konkreten Massnahmen unterstützt werden. Die dezentrale Besiedelung ist ein wichtiger Bestandteil des Kantons Graubünden, wie wir es heute in der Eintretensdebatte mehrfach gehört haben. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung spielt dafür auch der Service public eine wichtige Rolle. Für die dezentrale Besiedelung hat die Regierung eine breite Palette an zielgerichteten Massnahmen geplant. Mit dem vorliegenden Regierungsprogramm haben Sie die strategische Planung der Regierung für die Jahre 2021 bis 2024 vor sich. Die Regierung hat Schwerpunkte festgelegt, um die kommenden Herausforderungen ihrer Ansicht nach mit Erfolg zu bewältigen. Die Regierung hat sich, ich sage es noch einmal, an die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze, die Sie vorgegeben haben, gehalten. Die Regierung legt Wert auf eine eingehende Debatte und freut sich, bei den einzelnen Regierungszielen und Entwicklungsschwerpunkten mit Ihnen über Ihre konkreten Vorstellungen, Ihre Priorisierungen, zu diskutieren. Zu den finanziellen Aspekten des Regierungsprogramms werde ich mich bei Inangriffnahme der Beratung des Finanzplans einleitend, dann in Absprache mit dem KSS-Präsidenten, äussern. Geschätzte Damen und Herren, ich danke Ihnen für die allseits positive Aufnahme des Regierungsprogramms, da und dort mit einzelnen kritischen Bemerkungen, aber nicht so, dass das Eintreten bestritten wäre. Für dieses Vertrauen und die positive Aufnahme danke ich Ihnen im Namen der Regierung bestens. Wir werden auf Ihre bereits gemachten Voten, welche ein Regierungsziel oder einen Entwicklungsschwerpunkt betreffen, bei der Beratung der jeweiligen Stellen eingehen oder in einem späteren Zeitpunkt auf die einzelnen Punkte noch einmal zurückkommen und dort eingehen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich stelle fest, dass Eintreten nicht bestritten und somit beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Della Vedova: Bevor wir in die Detailberatung einsteigen, schalten wir an dieser Stelle eine Pause ein. Die Detailberatung beginnt um 16.15 Uhr.

Standespräsident Della Vedova: Nehmen Sie bitte Platz, damit wir beginnen können. Wir kommen nun zur Detailberatung auf Seite 420. In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten gehen wir kapitelweise vor. Bei den einzelnen Regierungszielen behandeln wir jeweils gleichzeitig auch die dazugehörenden Schwerpunkte. Ich werde den Text der Regierungsziele vorlesen, der Kommissionspräsident den Text der Hauptentwicklungsschwerpunkte. Bei Fragen oder Bemerkungen bitte sich melden. Wir starten mit dem ersten Kapitel der Botschaft

mit dem Titel Einleitung von Seite 420 bis Seite 425. Herr Kommissionspräsident, wünschen Sie das Wort? Bitte.

Detailberatung

Regierungsprogramm 2021-2024

Antrag Kommission und Regierung

1. Vom Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan 2021 bis 2024 Kenntnis zu nehmen.

Claus; Kommissionspräsident: Sie sehen auf Seite 423, und darauf möchte ich Sie noch einmal hinweisen, die Übersicht über die politische Planung im Kanton Graubünden. Diese Übersicht ist dienlich, wenn Sie jeweils unter dem Jahr sich fragen, wo wir genau stehen. Sie sehen hier die Unterteilung in die Planungsphase, wo wir jetzt mittendrin sind. Wir sind jetzt beim zweiten blauen viereckigen Kästchen, und wenn wir dann zum Finanzplan kommen, sind wir beim dritten. Und dann sehen Sie die Umsetzungsphase, die gilt von 2021 bis 2024, jeweils unterteilt in Jahresprogramm, Jahresbericht, und jeweils auch sehr schön dargestellt die jeweilige Mitwirkung des Parlamentes, wann Sie mit Beschlüssen gefragt ist. Rechts davon sehen Sie, wann jeweils die entsprechende Botschaft kommen wird und welchen Titel sie tragen wird. Dies einfach als Übersicht. Die Hoffnung der Kommission ist, dass Sie diese Planung und dieses Planungsschema verinnerlichen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Müller, Sie haben das Wort.

Müller (Susch): Ich weiss nicht, habe ich einfach die Botschaft zu wenig aufmerksam gelesen, aber ich finde in den Entwicklungsschwerpunkten das übergeordnete politische Ziel Nummer sechs: Die Wirtschaftlichkeit der Wasserkraft als wichtigsten einheimischen Energieträger erhalten und fördern. Ich habe wohl über erneuerbare Energien etwas gelesen, aber die Wasserkraft als solches habe ich nicht gefunden. Aber vielleicht habe ich zu wenig aufmerksam gelesen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Nicht der Fall. Herr Regierungspräsident, wünschen Sie das Wort?

Regierungspräsident Rathgeb: Ich werde die Fragen dann dem Energiedirektor weitergeben, weil das betrifft seinen sektoralpolitischen Bereich. Darum ist er auch eingetroffen. Aber es ist natürlich so, dass wir einen Grundauftrag haben und dass diese, ich sage diese 29 Entwicklungsschwerpunkte, bilden natürlich nur einen kleinen Teil der laufenden Massnahmen und Programme ab, und so wird es sehr wahrscheinlich auch in diesem Bereich schwergewichtig sein, und darum sind diese 29 Entwicklungsschwerpunkte nicht der ganze Bereich, der schwerpunktmässig während der neuen Legislaturperi-

ode bearbeitet wird. Es gibt also Massnahmen, bestehende, die laufen weiter, die sind bereits am Laufen und die sind hier nicht noch einmal erwähnt. Das betrifft auch noch andere übergeordnete Leitsätze, die sich nicht noch einmal spezifisch in einem Entwicklungsschwerpunkt wiederfinden. Nun zu diesem, so sind wir auch verblieben, geben jeweils die einzelnen Departementvorsteher Auskunft, wie das ist in Bezug auf die Wasserkraft und was in diesem Bereich eben eingeflossen ist und was nicht. Da würde ich dem Baudirektor das Wort weitergeben, wenn das so in Ordnung ist.

Regierungsrat Cavigelli: Danke für das Wort. Die Wasserkraft, ich kann es kurz machen, ist ein Hauptschwerpunkt des aktuellen Regierungsprogramms, z. B. die Förderung der Wasserkraft ganz grundsätzlich im nationalen, internationalen Kontext. Es ist die Frage gewesen des Wasserzinses, und ein wesentlicher Punkt ist auch die sogenannte Heimfallstrategie.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja, Herr Kommissionspräsident.

Claus; Kommissionspräsident: Ich darf Grossrat Müller darauf aufmerksam machen, dass er auf Seite 465 in den Erläuterungen auf der drittletzten oder viertletzten Zeile, findet er einen Hinweis auf die Wasserkraft, die man auch in Zukunft zu erhalten und zu steigern gedenkt.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zum ersten Kapitel? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen zum zweiten Kapitel mit dem Titel: Regierungsprogramm 2021 bis 2024 von Seite 426 bis Seite 436. Herr Kommissionspräsident, wünschen Sie das Wort? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Pfäffli, Sie haben das Wort.

Pfäffli: Ich erlaube mir, schnell kurz zu den drei Kernpunkten einige Anmerkungen anzubringen. Sie finden diese Kernpunkte ausformuliert auf den Seiten 431 und 432. Zuerst zur Digitalisierung und zur Innovation. Graubünden soll innovativer werden. Das finde ich sehr gut. Das ist ein Zeitgeist, jeder und alles heutzutage will innovativ sein oder innovativer werden. Also ist es selbstverständlich, dass auch unser Kanton dazugehören sollte. Den Kanton digital zu stärken, auch da bin ich absolut einverstanden, weil es dringend notwendig ist. Wir sind heute im Umzug an einen der letzten Stellen eingereiht, und es droht uns das «Abgehängtzuwerden». Dass wir hier forciert aktiv werden, ist meines Erachtens nach absolut sinnvoll und zu unterstützen. Was ich noch gerne gesehen hätte, wäre auch ein Bezug zu positiven Punkten, nämlich z.B. zur Qualität im Kanton Graubünden. Wir haben in den verschiedensten Lebensbereichen, in den Arbeitsfeldern, in der Natur, haben wir hohe Qualitäten. Diese sind ein Alleinstellungsmerkmal unseres Kantons und sollten gefördert werden. Ein zweiter Aspekt, der mir etwas fehlt, ist die Sicherheit. Nicht nur die Sicherheit im herkömmlichen Sinn, sondern auch die Sicherheit, wie wir sie handhaben bei und nach Naturgefahren, oder auch die Sicherheit, die uns im Alltag begegnet durch eine gut ausgebaut, dezentralisierte Ge-

sundheitsversorgung. Auch das sind Schwerpunkte, die man durchaus als positiv anführen könnte. Zum zweiten Teil, zum Green Deal, auch hier unterstütze ich das, was die Regierung gesagt hat voll und ganz. Der Kanton Graubünden wird speziell von den Auswirkungen der Klimaentwicklung betroffen sein. Aber auch hier hätte ich zwei, drei Worte zu Auswirkungen gesehen, wie man mit den Auswirkungen auch positiv umgehen könnte, ich denke, beispielsweise die Höhenlage des Kantons Graubünden oder die Tatsache, dass unser Kanton durch den Alpenhauptkamm in einen südlichen und in einen nördlichen Teil geteilt wird mit ganz unterschiedlichen Ausgangslagen. Und zum dritten Punkt, dem vielfältigen Gebirgskanton, auch da finde ich die Aufzählung sehr, sehr gut. Ich unterstütze alles, was gesagt wird. Mir fehlt aber ein ganz zentrales Element bei unserem vielfältigen Gebirgskanton, und das sind die Gemeinden. Die Gemeinden haben eine ausserordentlich wichtige Aufgabe in unserem Kanton, und sie sind der Garant für die Subsidiarität in unserem Kanton. Ich hätte sehr gerne gesehen, wenn bei einem vielfältig aufgestellten Gebirgskanton die Gemeinden auch ausdrücklich erwähnt worden wären.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zum zweiten Kapitel: Regierungsprogramm 2021 bis 2024 von Seite 426 bis Seite 436? Dies scheint nicht der Fall. Herr Regierungspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Rathgeb: Erstens einmal freut es mich, Grossrat Pfäffli hat auch die drei Schwerpunkte positiv erwähnt, die drei Stossrichtungen. Ich möchte auf zwei Punkte kurz eingehen. Das eine ist, dass er sagt, im Bereich der Sicherheit fehlen ihm entsprechende Schwerpunkte auch, die positiv ausgerichtet sind. Wenn wir das Regierungsziel zwei anschauen, dann hat dieses, glaube ich, sehr viel Potenzial, Entwicklungsschwerpunkte 2.1 bis 2.4 sehen in verschiedenen Bereichen diese Sicherheit vor. Das ist für uns ein ganz zentrales Regierungsziel, einerseits im Bereiche des Bevölkerungsschutzes, dieses Risikomanagement entsprechend auszubauen. Auf der anderen Seite das Bedrohungsmanagement, über das wir hier in der letzten Session uns auch unterhalten haben. Es gibt andere Entwicklungsschwerpunkte auch mit konkreten Massnahmen, die dort angetönt sind, und die auch noch Potenzial haben, es in die eine oder andere Richtung weiterzuentwickeln. Und vielleicht werden Sie ja dann auch bei den Entwicklungsschwerpunkten 2.1 bis 2.4 Ihre Bedürfnisse, Wünsche, Vorstellungen, Anmerkungen anbringen. Aber die Sicherheit ist, das möchte ich hier betonen, ein zentraler Bereich in diesem Legislaturprogramm.

Der zweite Punkt, auch da, glaube ich, haben wir keine inhaltlich unterschiedlichen Vorstellungen. Die Gemeinden sind eigentlich bei allen drei Entwicklungsschwerpunkten zentrale Partner, also auch bei der Umsetzung des Green Deal oder bei der Innovation. Bei der Innovation, die angedachten Projekte finden in und mit Gemeinden statt, natürlich bei der Vielfalt des Gebirgskantons, wo wir die sprachlichen Thematiken beispielsweise haben, werden die Gemeinden auch eine zentrale Rolle

spielen. Ihre Hinweise nehmen wir in diesem Sinne explizit auf, aber wir gehen eigentlich nicht im Regierungsprogramm beispielsweise auch auf die Regionen oder Organe in diesem Bereich oder Partner ein, sondern wir lassen das eigentlich auf der Höhe des Kantons. Und in der Umsetzung werden andere Körperschaften, werden andere Partner und insbesondere die Gemeinden eine zentrale Rolle spielen. Aber wir nehmen das auch so als Gedankengang auf.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Regierungsbank? Nicht der Fall. Wir behandeln nun das erste Regierungsziel auf Seite 437 mit dem Titel: Staatliche Leistungen möglichst digital erbringen, attraktive Arbeitgeberin sein, sowie für nachhaltig ausgerichtete Finanzen und moderate Steuern einstehen. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungsziel 1

Staatliche Leistungen möglichst digital erbringen, attraktive Arbeitgeberin sein sowie für nachhaltig ausgerichtete Finanzen und moderate Steuern einstehen.

Antrag Kommission auf Abgabe folgender Erklärung:
Die Regierung soll prüfen, welche kantonalen Verwaltungseinheiten dezentral in den Regionen angesiedelt werden können.

Claus; Kommissionspräsident: Sie haben hier im Protokoll der KSS, und dazu möchte ich als Erstes kommen, einen Antrag der Kommission auf Abgabe einer Erklärung. Das bedeutet, da wir ja das Programm der Regierung nicht verändern können seitens des Grossen Rates, hat die KSS beschlossen, hier eine Erklärung abgeben zu wollen im Namen des Grossen Rates mit der Hoffnung, dass die Regierung unsere Erklärung auch berücksichtigt und umsetzt. Um was es hier geht, habe ich Ihnen beim Eintreten erläutert. Die Kommission hat sich natürlich auch darüber Gedanken gemacht und überprüft, inwieweit die konkreten Ziele und Leitsätze, die wir im August verabschiedet haben, von der Regierung übernommen wurden. Im übergeordneten politischen Ziel drei unter dem Stichwort "miteinander wachsen" haben wir formuliert, dass zentrale und periphere, starke und schwache Räume und Gemeinden in ihren Herausforderungen zu unterstützen und in ihrer Entwicklung zu fördern seien. Im entsprechenden Leitsatz wurde formuliert, ich zitiere: «Regionale Zentren sind zu stärken, wobei insbesondere eine Dezentralisierung der kantonalen Verwaltung durch regionale Konzentration angestrebt werden soll, um eine grössere Nähe zu ihren Anspruchsgruppen herzustellen.» Auf entsprechende Nachfrage hin, ob die Regierung in Ziel eins diesem politischen Leitsatz Rechnung getragen hat, hat die Regierung auf die Immobilienstrategie verwiesen des Kantons. Das hingegen war der Kommission zu wenig, vor allem deshalb, weil im Rahmen der Immobilienstrategie keine Überprüfung der kantonalen Verwaltung in Bezug auf eine regionale Ansiedlung enthalten ist. Der KSS ist klar,

dass eine effiziente und wirtschaftliche Verwaltung oberstes Ziel sein muss. Es werden sich unter diesem Gesichtspunkt nicht unbegrenzte Möglichkeiten für eine weitere Dezentralisierung ergeben. Trotzdem soll die Regierung aufgefordert werden, zu prüfen, welche kantonalen Verwaltungseinheiten in den Regionen angesiedelt werden können. Die KSS erhofft sich, so weitere Impulse in den Regionen setzen zu können. Die Abgabe dieser Erklärung lautet deshalb wie folgt, sie steht im Protokoll: Die Regierung soll prüfen, welche kantonalen Verwaltungseinheiten dezentral in den Regionen angesiedelt werden können. Die KSS bittet Sie, diesem Antrag auf Abgabe einer Erklärung zu folgen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Marti, Sie haben das Wort.

Marti: Ich habe zunächst eine Frage: Darf man die unter ES 1.1 bis 1.3 auch schon jetzt mit Fragen untermauern, oder behandeln Sie das unmittelbar anschliessend?

Standespräsident Della Vedova: Das machen wir nach der Abstimmung, nach der Bereinigung des Regierungsziels.

Marti: Gut, dann spreche ich jetzt nur zum Kommissionsantrag.

Standespräsident Della Vedova: Jawohl, genau.

Marti: Vielen Dank. Ich möchte hier noch einmal erwähnen, dass eigentlich die Kommission leider nur ein einziges Mal einen Hinweis jetzt platziert hat. Man kann diesen Hinweis gut oder schlecht finden, aber immerhin, ein einziger Hinweis steht im Protokoll. Ich möchte Folgendes vielleicht dazu äussern: Es gibt natürlich, und ich trage das auch voll mit, die Talschaftszentren, die man eigentlich meiner Meinung nach ausbauen und stärken soll. Ich bin da völlig einverstanden. Man muss aber in die Prüfung der Regierung mitnehmen, dass der heutige Arbeitsmarkt nicht ganz einfach ist, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben heute schon Schwierigkeiten, gute Leute in den Zentren zu finden. Es wird dann wahrscheinlich noch schwieriger sein, diese dezentral zu finden. Wichtig ist, dass wir in dieser Frage, ich spreche mal ein wenig von einer Staumauer, wenn die jungen Leute über Chur hinaus ins Unterland gegangen sind, dann sind sie weg. Dann sind sie woanders, wo sie Wurzeln schlagen. Deshalb ist es noch wichtig, dass wir versuchen, auch die Zentren möglichst attraktiv zu behalten, damit die jungen Leute das urbane Graubünden auch im Kanton finden und nicht nach Zürich beispielsweise oder weiter weggehen. Das soll in keiner Art und Weise die Idee der Talschaftszentren konkurrenzieren, aber es muss sinnvoll ergänzt werden.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Herr Regierungspräsident.

Regierungspräsident Rathgeb: Die Regierung nimmt natürlich diese Erklärung der Kommission entgegen.

Vielleicht ein Wort dazu. Wir haben im Moment die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung gestartet, und dort haben wir einen Punkt aufgenommen, den einmal Grossrat Epp eingebracht hat, nämlich, wir sollten die Frage klären, ob es möglich sei, Aufgaben des Kantons an die Gemeinden zurückzuübertragen. Ich habe Ihnen dort gesagt, grosse Hoffnung möchte ich Ihnen nicht machen. Ich kann mir gerade keine vorstellen, und wenn wir das tun, dann muss das in Absprache mit den Gemeinden so erfolgen, dass sie diese Aufgabe dann auch wirklich wahrnehmen können und wahrnehmen wollen und dass es ein Erfolg wird. Wir haben aber das im Auftrag. Wir wollen das im Detailkonzept der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wirklich auch prüfen und sehen, ob es vielleicht nicht doch die eine oder andere originäre oder Vollzugsaufgabe gäbe, die wir dann zurückübertragen könnten an die Gemeinden und nicht eben, dass der Fluss eigentlich nur in die andere Richtung ist. Nun, eventuell lässt sich auch diese Frage im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung aufnehmen, oder sonst werden wir das auf einem separaten Weg tun müssen. Einfach als Hinweis:

Wenn wir etwas in die letzte Legislatur oder in die letzten Jahre zurückgehen, dann haben wir im Bereich KESB, im Bereich Sicherheit, im Bereich der beiden oder des neuen Schwerverkehrskontrollzentrums, der Asylzentren, der Justizvollzugsanstalten, und es gäbe weitere Beispiele, viele Stellen dezentral geschaffen, in dezentralen Verwaltungseinheiten in der einen oder anderen Form. Wenn wir einen Vergleich zurück machen auf das Jahr 2012 bis heute, dann hat der prozentuale Anteil der Mitarbeitenden, welche in der Region Plessur tätig sind, im Verhältnis abgenommen von 2012 zu heute, wir haben also im Verhältnis etwas mehr Mitarbeitende in den Regionen, als was wir sie im Zentrum haben. Das war also ein Anliegen der Regierung, natürlich auch von Ihnen in den vergangenen Jahren, und im Verhältnis hat die Zentralverwaltung am Standort Chur nicht zugenommen. Dazu hat sicher auch die Immobilienstrategie beigetragen, die eben diese dezentralen Verwaltungszentren fördert und damit sicherstellt, dass möglichst viele Aufgaben auch dezentral erfüllt werden können. Wir nehmen aber diese Erklärung so entgegen und werden diese auch so einbauen in die Arbeiten, die laufen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Über die von der Kommission beantragte Abgabe der Abklärung im hellblauen Protokoll müssen wir abstimmen. Ich lese sie vor. Die Erklärung lautet: Die Regierung soll prüfen, welche kantonalen Verwaltungseinheiten dezentral in den Regionen angesiedelt werden können. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der soeben vorgelesenen Erklärungsabgabe zustimmen will, drücke bitte die Taste Plus, wer dieser nicht zustimmen will, drücke die Taste Minus, für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben die von der Kommission beantragte Erklärungsabgabe mit 114 Ja-Stimmen zu 0 Gegenstimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der KSS mit 114 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standespräsident Della Vedova: Wir behandeln nun den ersten Entwicklungsschwerpunkt auf Seite 438. Herr Kommissionspräsident, Sie sind auf einem guten Weg. Entwicklungsschwerpunkt 1.1 Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung: Die Grundlagen für die digitale Verwaltung sind geschaffen und wichtige E-Government-Leistungen für die Bevölkerung und Wirtschaft stehen zur Verfügung. Ich werde die Massnahmen nicht einzeln vorlesen. Die Idee ist jetzt, dass wir darüber diskutieren können. Grossrätin Stiffler, Sie haben das Wort.

ES 1.1 Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung

Stiffler: Ich habe eine Frage zu ES 1.1 Bei diesem Regierungsziel fehlt mir die Bemühung zum Bürokratieabbau, und vielleicht passt jetzt der Bürokratieabbau nicht unbedingt hier hinein, aber ich habe das auch sonst bei keinem Regierungsziel und bei keinem Entwicklungsschwerpunkt gefunden. Und ich habe auch noch zurückgeschaut zum Regierungsprogramm 2017 bis 2020, und Bürokratieabbau kommt auch nicht vor. Also, da kann jetzt nicht die Begründung sein, dass das noch vom alten Regierungsprogramm am Abarbeiten ist, und darum hier nicht drin. Und ich erinnere einfach an die Volksabstimmung aus dem 2012, damals wurde die kantonale Volksabstimmung gegen unnötige Bürokratie und Reglementierung mit 91 Prozent vom Volk angenommen. Und konkret verlangte die Initiative Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Und im Visier standen damals vor allem die kantonalen Behörden. Und seitdem ist herzlich wenig passiert. Und da hätte ich jetzt irgendwo in einem der Entwicklungsschwerpunkte schon etwas zum Bürokratieabbau erwartet, und darum meine Frage an die Regierung: Warum steht hier nichts drin? Ging das vergessen? Weil nur mit der Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung, natürlich ist dort auch automatisch ein Bürokratieabbau mit drin, aber eben nicht übers Ganze gesehen. Also ging das vergessen, oder ist das irgendwo sonst verpackt, oder ist die Regierung bereit, das irgendwo noch aufzunehmen?

Marti: Die Digitalisierung hat ja zum Ziel, Dienstleistungen moderner, effizienter und wahrscheinlich auch vermehrt durch Leute von aussen ausführen zu lassen. Deshalb meine Frage, damit wir nicht dann auch die Realitäten unberücksichtigt lassen: Führt das zu einer Reduktion des Personalaufwandes? Ist das Ziel der Digitalisierung dann eben auch, dass wir effizienter und schneller werden, aber dass es eben auch weniger kostet?

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt? Nicht der Fall. Herr Regierungspräsident.

Regierungspräsident Rathgeb: Die erste Frage, eine wichtige Frage bezüglich der Thematik Bürokratieabbau, das betrifft den Artikel 78 der Kantonsverfassung, der sagt, dass wir in periodischen Abständen die Verwaltungstätigkeit überprüfen müssen, nach den Kriterien der Notwendigkeit, der Effizienz, der Finanzierbarkeit. Das ist ein Entwicklungsschwerpunkt, den wir gegenwärtig haben, den wir im 2020, vielleicht noch 2021, erfüllen mit dem Projekt der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, also des geltenden Regierungsprogramms; hier spielt eben gerade diese Frage: Können wir Bereiche zurückfahren, können wir Aufgaben einfacher erfüllen, personelle, administrative Einsparungen vornehmen? Dies ist Teil dessen, was wir jetzt noch führen. Es ist dort vorgesehen, eine periodische Durchführung dieser Prüfung, und deshalb ist das hier nicht noch einmal in spezieller Form aufgeführt. Das betrifft natürlich nicht den ganzen Themenbereich der Bürokratie, den Sie ansprechen, vielleicht das Projekt VFRR, Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsprechung und Rechtsetzung, dann ist das nicht Teil der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, sondern das ist eine Thematik, die wir rollend vornehmen, mit möglichst schlanken Normen, auch möglichst schlanken Verordnungen, möglichst wenig zusätzlichem bürokratischen Aufwand. Aber es ist hier nicht noch einmal explizit als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt, weil es ein Projekt ist, das wir gegenwärtig führen und noch bis ins nächste Jahr führen werden. Aufgrund der Erkenntnisse der letzten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird dann die Umsetzungsphase der beschlossenen Massnahmen mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Das ist aber nicht mehr ein Schwerpunkt, den wir überführt haben ins neue Regierungsprogramm, sondern der weiterläuft aus dem bestehenden Regierungsprogramm 2017 bis 2020.

Nun, Grossrat Marti bezieht sich auf den Bereich der Digitalisierung. Ist es vorgesehen, dass wir mit den Transformationsprozessen, den digital zu erbringenden Leistungen auch Personal abbauen möchten? Ist es ein Ziel, in den Projekten E-Government oder in den Transformationsprojekten, die wir haben? Und das ist nicht so vorgesehen. Wir werden allerdings bei der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung uns diesen Fragen stellen, und wenn wir Prozesse haben, die wir digitalisieren oder heute administrativ erfassen und dann Personal freigespielt wird, der vielleicht gewisse Dinge abgetippt haben, das haben wir heute noch, an anderen Dienststellen, aufgrund rechtlicher Hürden wir das wieder neu tun, mindestens vereinzelt, ob wir hier Ressourcen dann abziehen könnten und sie dort, wo wir ein Aufgabewachstum haben, neue Aufgaben haben, eben auch wieder einsetzen können. Gesamthaft gesehen, sagt man uns in Verwaltungseinheiten, in privaten Unternehmenseinheiten, ist mit der Digitalisierung generell nicht ein Personalabbau möglich, tendenziell so etwa um zwei bis fünf Prozent eher ein Zuwachs, aber an anderen Stellen natürlich. Im Bereiche der IT, im Bereiche des Supports, der Pflege der entsprechenden digitalen Systeme, aber wir werden versuchen, in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung entsprechenden Ressourcen zu erkennen, die frei verfügbar sind eben für andere Bereiche. In diesen Projekten beispielsweise, die wir hier aufgeführt

haben, ist der Personalabbau nicht ein entsprechendes Ziel.

Standespräsident Della Vedova: Wird das Wort noch gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen nun zum zweiten Entwicklungsschwerpunkt auf Seite 439. Herr Kommissionspräsident.

ES 1.2 Attraktiver Arbeitgeber

Claus; Kommissionspräsident: Unter dem Entwicklungsschwerpunkt «Attraktiver Arbeitgeber» hält die Regierung fest: Die kantonale Verwaltung bietet als attraktive Arbeitgeberin ihren Mitarbeitenden fortschrittliche Arbeits- und Anstellungsbedingungen mit wettbewerbsfähigem Lohn, Sozial- und Lohnnebenleistungen. Ich erwähne hier, dass wir selbstverständlich in der Kommission dazu verschiedenste Fragen gestellt haben, jeweils auch von den jeweils politischen Grundhaltungen inspirierte Fragen. Das versteht sich von selbst. Ich verzichte aber darauf, wie in der Folge durch das ganze Programm, Ihnen die Diskussion der KSS hier noch einmal zu schildern.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Loepfe, Sie haben das Wort.

Loepfe: Ich habe eine Frage zu der Verbesserung der Leistungen der Pensionskasse Graubünden, die ja eine Voraussetzung dafür ist, dass man attraktiver Arbeitgeber sein kann. Meine Frage ist, ob die Pensionskasse Graubünden die finanzielle Kapazität hat, eine Flexibilisierung und Individualisierung der persönlichen Vorsorge vorzunehmen und gleichzeitig die Versicherungsleistungen für Teilzeitbeschäftigte und Kaderangestellte zu verbessern. Wenn die Leistungen der PKGR im Vergleich mit anderen Pensionskassen teilweise unterdurchschnittlich sind, so ist das ja nicht neu und hat auch dazu geführt, dass Gemeinden und öffentlich-rechtliche Institutionen die PKGR mittlerweile verlassen haben. Deshalb meine Frage an Sie: Hat die PKGR nach diesem Aderlass noch die für diesen Entwicklungsschwerpunkt benötigte finanzielle Kapazität?

Holzinger-Loretz: Es ist verständlich, ja sogar wünschenswert, dass der Kanton auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber sein will. Grosse, von der Privatwirtschaft abweichende Vorzüge können jedoch einen Kostenschub auslösen. Denn die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen des Kantons hat unweigerlich auch Konsequenzen für die gesamte Wirtschaft und auch für die Gemeinden. Das Gleiche gilt auch für sämtliche Betriebe im Gesundheitswesen. Ich bitte die Regierung aus diesen Gründen, bei der Revision des Personalgesetzes massvoll vorzugehen und an die Signalwirkung zu denken.

Regierungspräsident Rathgeb: Grossrat Loepfe weist auf den Handlungsbedarf bei der kantonalen Pensionskasse hin. Ich bin sehr dankbar, dass immer noch der grosse

Teil der Gemeinden bei der kantonalen Pensionskasse ist, dort sich auch gut aufgehoben fühlt, wie auch die ganze Verwaltung und auch die Anstalten dort sind. Es besteht aber, wie wir Ihnen dargelegt haben, Handlungsbedarf, dass die effektiven Leistungen auch marktkonform sind. Dass wir auch im Rahmen der Vergleiche konkurrenzfähig sein können in Zukunft. Es wird nicht so sein, dass die Pensionskasse alleine über die Kraft verfügen wird, um den Handlungsbedarf zu glätten, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Wir haben deshalb, Sie haben es gesehen, auch Mittel im Finanzplan eingestellt. Es wird also neben den namhaften Mitteln, die schon bereits aus der Kasse von Seiten der Arbeitnehmenden geleistet wurden, eben auch als Mittel Arbeitgeberbeiträge benötigen. Wir werden Ihnen hier einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Ich möchte aber sagen, es geht darum, dass wir im Benchmark, beispielsweise mit einer Pensionskasse der Stadt Chur, oder mit einer Pensionskasse der Rhätischen Bahn oder des Kantons Glarus, eines benachbarten Kantons, wieder gleich lange Spiesse haben, dass wir die diesbezügliche Leistungsfähigkeit in diesem Benchmark anpassen können, dass wir auch etwas flexibler werden, dass wir auf die Bedürfnisse, die hier auch die angeschlossenen Kassen der Gemeinden, der Institutionen haben, eingehen können. Das wird auch von Seiten des Kantons als Arbeitgeber einen entsprechenden Beitrag brauchen.

Grossrätin Holzinger hat in diesem Sinne ja nicht eine Frage gestellt, aber wir sind uns im Hinblick auf die Revision des Personalgesetzes bewusst, dass das natürlich wichtig ist, auch für die Gemeinden, dass das wichtig ist für Institutionen der Gemeinden oder anderer öffentlicher Institutionen. Aber auch hier haben wir Handlungsbedarf. Der betrifft nicht nur den Bereich, der direkt mit finanziellen Aufwendungen verbunden ist, sondern beispielsweise die Frage der Flexibilität, der Vereinbarkeit mit Beruf und Familie und dergleichen Themen, die wir in dieser Legislatur jetzt einfach angehen wollen. Aber natürlich auch mit dem Blick und im Wissen darum, dass unser Personalgesetz Auswirkungen auch in den genannten Institutionen hat.

Jenny: Mit diesem Entwicklungsschwerpunkt liest man unter anderem vom Gesamtpaket, Flexibilisierung, sogenannten Altersrücktritt, Ausbau Pensionskassenleistungen, die so, wie erwähnt, im Rahmen der Revision des Personalgesetzes und des Gesetzes über die Pensionskasse erfolgen. Die Folgen bei diesem Ausbau wären steigende, wiederkehrende Kosten. Schaut man sich die Entwicklung des Finanzhaushaltes des Kantons Graubünden in den letzten rund 20 Jahren an, stellt man einen massiven Ausbau von Verwaltung und Sozialstaat fest. Dieselbe Entwicklung kann man auch beim Bund und in anderen Kantonen beobachten. Das ist eine Tatsache. Dadurch vergisst man Folgendes, und wenn es jetzt auch pauschal tönt: Die Schweiz hat die höchsten Löhne, die höchsten Sozialleistungen, die höchsten Altersleistungen in Europa. Das gilt auch für die Staatsbetriebe. Spreche ich mit Kantonsangestellten, höre ich grossmehrheitlich heraus, dass man mit den Arbeits- und Anstellungsbedingungen wie auch mit dem Lohn zufrieden ist. Deshalb bitte ich die Regierung, die auf Seite 439 vorgesehenen

Massnahmen nicht so eins zu eins umzusetzen. Denn der Wind wird rasch drehen, der Kanton wird mit steigenden Defiziten rechnen müssen.

Regierungspräsident Rathgeb: Ich muss Ihnen einfach sagen, dass die Leistungsfähigkeit immer mehr spürbar wird, die eben fehlt bei uns. Dass unsere angeschlossenen Arbeitgeber, die Anstalten beispielsweise, aber auch aus der Zentralverwaltung, darauf hinweisen, dass sie bei Anstellungsgesprächen Probleme haben. Dass die Leistungsfähigkeit, die wir haben in der Pensionskasse, eben nicht jenen entspricht, anderer öffentlich-rechtlicher Unternehmungen, die nicht bei uns sind oder benachbarter Kantone. Sprechen Sie einmal mit Vertreterinnen oder Vertretern der Fachhochschule Graubünden. Es besteht Handlungsbedarf in diesem Bereich. Und es geht nicht um Vergoldung irgendwelcher Leistungen. Sondern es geht darum, dass unsere Betriebe, unsere Institutionen in etwa die gleiche Leistungsfähigkeit auch in diesem Bereich haben wie andere. Aber wir nehmen das auf, was Sie gesagt haben, auch in Bezug auf die Personalgesetzgebung. Aber ich möchte Ihnen einfach keine falschen Hoffnungen machen. Es besteht Handlungsbedarf in ganz verschiedener Hinsicht, damit wir mit unserer öffentlichen Hand auch als Arbeitgeber auch in Zukunft gute, sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten, die keine entsprechenden Leistungseinbussen oder grosse Einbussen hier in Kauf nehmen müssen gegenüber anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.

Standespräsident Della Vedova: Wird das Wort noch gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen nun zum nächsten Entwicklungsschwerpunkt auf Seite 440. Herr Kommissionspräsident.

ES 1.3 Solider Finanzhaushalt sichern

Claus; Kommissionspräsident: Dieser lautet: Solider Finanzhaushalt sichern. Die Kantonsfinanzen wirksam, flexibel und effizient einzusetzen, um den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu behalten.

Degiacomi: Ich möchte mich nicht lange halten, aber in diesem Paket zum Entwicklungsschwerpunkt 1.3 ist auch die Flexibilisierung von festen Ausgabenverpflichtungen in der kantonalen Gesetzgebung vorgesehen. Das ist die mittlere Massnahme und der letzte Satz bei den Erläuterungen. Das findet dann wieder, also hat dann wieder einen Zusammenhang mit dem Richtwert 9, der neu dazukommen soll. Da möchte ich einfach jetzt schon den Hinweis platzieren, dass wir nicht dafür sind, dass wir GrFlex durch die Hintertüre doch noch einführen wollen. Dazu gab es eine Vernehmlassung, und aufgrund der Vernehmlassung ist das Projekt aus unserer Sicht vom Tisch. Die KSS hat dazu auch einen Antrag dann bei den Richtwerten.

Standespräsident Della Vedova: Danke. Grossrat Cramer als Mitglied der Kommission, Sie haben das Wort.

Cramer: Dieser Entwicklungsschwerpunkt hat einen direkten Zusammenhang. Grossrat Degiacomi hat es erwähnt mit dem finanzpolitischen Richtwert 9. In der Dezembersession habe ich darauf hingewiesen auf die Vernehmlassung zu GrFlex, und der Herr Regierungspräsident hat damals ausgeführt, dass im Rahmen der anstehenden umfassenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung eine Überwälzung von Kosten auf die Gemeinden nicht beabsichtigt sei und dass sie mein Anliegen, also das Anliegen aus der Vernehmlassung berücksichtigen werden. Ich gehe davon aus, was im Dezember gegolten hat, gilt auch im Februar immer noch. Zweitens: Diese Flexibilisierung von festen Ausgabenverpflichtungen in der kantonalen Gesetzgebung kann man so vertreten oder auch nicht. Was für mich aber nicht in Frage kommt, ist, dass der Grosse Rat hier der Regierung diesen Auftrag erteilt. Wir kommen dann beim Richtwert 9 sicher auch noch darauf zu sprechen. Wenn sich die Regierung selbst diese Aufgabe geben will, eine solche Flexibilisierung vorzusehen, dann soll sie das tun, aber nicht als Auftrag des Grossen Rates. Und deshalb werde ich mich dezidiert dafür aussprechen, den Richtwert 9 dann zu streichen. Ich betone es einfach bereits hier, weil es einen direkten Zusammenhang mit den Richtwerten hat und unser Fraktionspräsident Remo Cavegn hat es einleitend gesagt, die Mehrheit der CVP-Fraktion wird diesen Richtwert dann auch ablehnen.

Standespräsident Della Vedova: Das Wort ist offen für weitere Mitglieder der Kommission. Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident.

Regierungspräsident Rathgeb: Sie führen hier bereits eine etwas vorgezogene Debatte, die wir dann hinten bei den Richtwerten noch einmal führen werden. Es ist nicht eine Wiederauflage des Projektes GrFlex. Ich habe Ihnen damals gesagt, wir haben diese Vorgehensweise der Flexibilisierung mit einem Mantelgesetz ad acta gelegt, ist erledigt und die kommt auch nicht mehr. Aber es gibt auch für uns einen Blick jeweils in die Vernehmlassungen zu werfen. Und wenn wir damals die Vernehmlassungen, die Sie geschrieben haben zu diesem Projekt, angeschaut haben, dann haben Sie eigentlich die Vorgehensweise kritisiert, mit einem Mantelgesetz Flexibilisierung zu schaffen. Die CVP aber schreibt in ihrer Vernehmlassung sehr prominent einleitend, die CVP Graubünden begrüsst die Bestrebung des Kantons, dass vorausschauend mehr Handlungsspielraum zur Steuerung der Ausgaben geschaffen wird. Und ähnlich haben auch andere Parteien hier dargelegt, sie wünschen entsprechende Handlungsspielräume, damit, wenn sie einmal ein Sparpaket schnüren müssen, Sie diese Freiheiten hätten. Aber nicht mittels Mantelgesetz und das haben wir auch so aufgenommen. Die Mehrheit aber von Ihnen hier vertretenen namhaften Parteien, Fraktionen waren dieser Meinung, doch das sollten wir mit dem Projekt der Haushaltsflexibilisierung weiterführen. Das haben wir hier aufgenommen. Wir haben auch, auch wenn Sie dann den finanzpolitischen Richtwert 9 streichen werden, die einheitliche Kommission der KSS beantragt das ja. Und ich mache mir nichts vor, dass das hier dann wohl auch eine Mehrheit finden wird, obwohl wir uns

noch dafür ins Zeug legen. Wir haben auch die gesetzlichen Grundlagen beispielsweise im Hinblick auf die Beiträge, Art. 42 des Finanzhaushaltsgesetzes. Der sagt klar in Abs. 1, die Beitragssätze für Kantonsbeiträge sind innerhalb einer bestimmten Bandbreite flexibel zu halten. Wir haben Ihnen flexible Ausgestaltungen zu präsentieren. Also, es ist der Auftrag, den Sie uns mit dieser Bestimmung, und die ist noch nicht so alt, auch entsprechend gegeben haben. Den wir hier aufgeführt haben, den wir auch in der kommenden Legislatur im Auge halten wollen. Aber, und das ist so, das möchte ich bestätigen, ich glaube, das ist auch die Intension von Grossrat Cramer. Was ich im Dezember, auch wenn es das letzte Jahr war, gesagt habe, gilt noch. Und es ist unsere Grundhaltung. Wir haben das nämlich auch dann bei der Erledigung des Projekts GrFlex gesagt und das haben wir dort auch im Vernehmlassungsverfahren erkannt, dass wir nicht so flexibilisieren können, dass eine Flexibilisierung direkt oder indirekt Belastungen vom Kantonshaushalt auf den Gemeindehaushalt oder andere öffentliche Institutionen verschieben könnte. Das kann es nicht sein. Und ich kann Ihnen sagen, wir werden keine derartigen Flexibilisierungen vornehmen wollen oder Ihnen unterbreiten. Wir werden auch bemüht sein, wenn wir dann einmal ein Sparpaket schnüren müssen, dass wir nicht innerhalb der öffentlichen Trägerschaften hier Aufgaben verschieben. Das macht wirklich keinen Sinn und das ist uns wirklich dort als ein Auftrag aus den Vernehmlassungen mitgegeben worden. Das haben wir so bestätigt und daran liegt uns auch sehr.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit haben wir das Regierungsziel 1 und die dazugehörigen Entwicklungsschwerpunkte behandelt. Wir behandeln nun das zweite Regierungsziel auf Seite 441 mit dem Titel: Die Sicherheit der Bevölkerung bei sich ändernden Risiken und Gefahren garantieren. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 2

Die Sicherheit der Bevölkerung bei sich ändernden Risiken und Gefahren garantieren.

ES 2.1 Kontinuierliches Risikomanagement im Bevölkerungsschutz

Claus; Kommissionspräsident: Ich erlaube mir hier zum Entwicklungsschwerpunkt 2.1 zu kommen: Kontinuierliches Risikomanagement im Bevölkerungsschutz. Das kontinuierliche integrale Risikomanagement im Bevölkerungsschutz wird weiterentwickelt.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission zum Regierungsziel und auch zum Entwicklungsschwerpunkt. Wir behandeln beide zusammen in diesem Fall. Gibt es Wortmeldungen von Seiten der Kommissionsmitglieder? Nicht der Fall. Granconsigliera Noi-Togni, ha la parola.

Noi-Togni: Ich spreche zu Entwicklungsschwerpunkt 2.1 Risikomanagement und Bevölkerungsschutz. Um 16.30 des 7. Februar 2020 hat mich die Meldung des Umweltsturms Gefahrenstufe 4 seitens unseres kantonalen Führungsstabsstelle für Katastrophen erreicht. Die Vorwarnung war vom Chef Martin Bühler unterschrieben und sogar in Italienisch übersetzt, bravo. Und bezieht sich auf Ereignisse des 10. Februars. Dank dieser Meldung war es mir möglich als Gemeindepräsidentin die Informationen weiterzuleiten und auf die Homepage der Gemeinde zu stellen. Somit kann ich im guten Glauben leben, dass die Informationen durch dieses Amt zielgemäss und zur rechten Zeit erfolgen. Dies unbeachtet davon, dass Sabine nicht gekommen ist, aber und dass ich mein Auto zuhause lassen musste aus Angst von Sabine, aber das ist schon gut so. Nun gibt es andere Gefahren, welche auch die Gemeindebehörden der Allgemeinheit übermitteln sollten, über welche jedoch von den verschiedenen kantonalen Ämtern nicht informiert wird. Ich erwähne z.B. obwohl das Beispiel ist nicht ganz gut, aber ich erwähne es trotzdem. Ich erwähne z.B. die Luftverschmutzung durch Feinstaub, die am 6. Januar 2020 in meiner Gemeinde San Vittore weit über 200 Mikrogramm pro Kubikmeter erreicht hat, ohne dass jemand vom Amt für Umwelt und Natur etwas gesagt hätte. Diese Situation hätte für die Bevölkerung schädlich sein können. Klar, es geht hier um nicht minifeste Gefahren. Aber es zeigt auf, wie eminent wichtig die Kommunikation vom Zentrum zur Peripherie ist. In Anbetracht der Klimaerwärmung steigt die Bedeutung dieses Themas. Und steigt auch die Bedeutung der Kommunikation und Information über Umweltgefahren. Per chi magari ascolta e non capisce il tedesco però ha il diritto di capire cosa sto dicendo, lo dico svelto in italiano. Allora, il fatto che possiamo essere informati nell'imminenza di un pericolo di catastrofe alla periferia del Cantone anche, è importantissimo. Certo fa paura, può farci paura, però ci mette in una condizione mentale di difesa, il che ci aiuta nel caso che l'evento veramente si verifichi. Perciò io sostengo questa misura del Governo di elaborare un concetto d'assieme per la condotta di stato maggiore che deve occuparsi dei pericoli, delle catastrofi.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Nicht der Fall. Herr Regierungspräsident? Weitere Mitglieder der Regierung? Regierungsrat Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Gerne kann ich zu den Ausführungen von Grossrätin Noi etwas sagen. Vor allem zum Punkt 2, also der Massnahme 2, Erarbeitung eines ganzheitlichen Kommunikationskonzeptes für den kantonalen Führungsstab. Ich darf zuerst feststellen, dass offenbar unsere Kommunikation funktioniert und dass sie fristgerecht, auch jetzt diese Sturmwarnung erhalten haben. Dass diese übersetzt worden ist und dass sie bei Ihnen gelandet ist. Was den Punkt Feinstaubbelastung betrifft, dazu kann ich nichts sagen, weil das nicht bei mir angesiedelt ist. Wenn ich aber richtig orientiert bin, haben Sie dazu auch eine Frage in der Fragestunde und Sie werden dort von meinem Kollegen Jon Domenic Parolini eine

sehr ausführliche Antwort bekommen. Jetzt die Massnahme 2. Vielleicht ist es wichtig, dass man sich noch einmal vor Augen hält, dass wir hier im Regierungsprogramm Schwerpunkte setzen. Also neben dem, was wir im Alltagsgeschäft die nächsten Jahre machen, haben wir definiert, was wir in den Jahren 2021 bis 2024 noch speziell oder schwerpunktmässig zusätzlich machen wollen. Wir haben einen ausführlichen Katastrophenplan, sage ich dem einmal, der hier auf mehreren Seiten und sehr dicht beschreibt, was für Massnahmen wir wo ergreifen und was wir auch regelmässig überprüfen, wo wir allenfalls noch Lücken haben. Und aufgrund dieses ausführlichen Dokumentes haben wir festgestellt, aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre, ich erwähne hier z. B. Bergsturz in Bondo, die Waldbrände in der Moesa, also im Moesano, den Flugzeugabsturz am Piz Segnas usw., dass es im Bereich der Kommunikation zu Unklarheiten und Unsicherheiten gekommen ist. Und deshalb erscheint es uns zweckmässig, ein ganzheitliches Kommunikationskonzept für den Kanton Graubünden auszuarbeiten in den nächsten Jahren und in diesem Kommunikationskonzept sollen die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten des Mediendienstes, der Kantonspolizei, des kantonalen Führungsstabes, der Führungsunterstützung, der Standeskanzlei und der Regierung definiert und aufgezeigt werden. Das ist so ein Schwerpunkt aus dem ganzen Bereich, den wir im Alltag machen, den wir in den nächsten Jahren, also zwischen 2021 und 2024 verstärken wollen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt? Nicht der Fall. Wir kommen zum zweiten Entwicklungsschwerpunkt auf Seite 443. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Tomaschett-Berther, Sie haben das Wort.

ES 2.2 Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Tomaschett-Berther (Trun): Ich stimme den Massnahmen der Regierung zu und unterstütze diese. Speziell hinweisen möchte ich aber auf zwei schwächere Gruppen von Mitgliedern unserer Gesellschaft. Ich habe bewusst Mitglieder betont, denn sie gehören mit uns in unsere Gesellschaft. Besonders erwähnen möchte ich die Kinder und die Menschen mit einer Behinderung. Auf diese zwei Gruppen bitte ich eindringlich die Regierung, ein spezielles Augenmerk bei der Umsetzung dieses Entwicklungsschwerpunktes zu haben.

Müller (Felsberg): Vielen Dank. Nur eine kurze Bemerkung. Für mich ist es sehr erfreulich, dass dieser Punkt, die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, jetzt ein Schwerpunkt ist in den nächsten Jahren, ich finde das sehr wichtig. Ich glaube, die gesellschaftlichen Diskussionen oder die Diskussionen in der Gesellschaft und auch so ein bisschen das globale Gefühl glaube ich, ist, dass man über dieses Thema sprechen muss, dass man konkrete Mass-

nahmen ergreifen muss und darum umso schöner, dass es auch in unserem Kanton angekommen ist. Ich bin gespannt auf die Massnahmen, die umgesetzt werden, auf die Berichterstattung und die Fortschritte und danke in diesem Sinne.

Marti: Wir sind bei diesem Entwicklungsschwerpunkt bei der alltäglichen, jedes Wochenende wiederkehrenden Arbeit angekommen. Eine sehr wichtige Aufgabe, die aber natürlich letztlich nicht ein Entwicklungsschwerpunkt sein kann, sondern tagtägliche Fleissarbeit. Ich habe folgende Fragen, vielleicht an den zuständigen Regierungsrat. Man spricht ja hier bewusst von einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Ich möchte deshalb fragen, ob im Bereich des Informationsaustausches zwischen kommunaler Polizei und kantonaler Polizei das vorhandene Potenzial der verbesserten Austauschmöglichkeiten und Einsichtnahme in die Protokolle auch darunter zu verstehen ist, dass wir hier noch enger zusammenarbeiten können. Dann steht zudem hier, dass die konsequente Strafverfolgung ein Ziel sein soll. Ich begrüsse dies sehr stark, aber ich weiss nicht, ob die Regierung dann wirklich hier Einfluss nehmen kann. Ich würde es aber sehr begrüssen, wenn man wirklich auch die strafende Behörde vermehrt auffordert, dass es ganz wichtig ist, dass solche Leute zur Rechenschaft gezogen werden und mindestens so hart, wie sie auch anderen Menschen Leid zugefügt haben.

Rettich: Zu diesem Punkt möchte ich gerne noch anmerken, am Ende der Ausführung steht, dass gerade für alle Leute eigentlich die Angebote im Bereich der Opferhilfe etc. gut zugänglich sein sollen und hier möchte ich auch noch einmal beliebt machen, dass man ein besonderes Augenmerk auf die Randregionen legt, denn dort ist es nicht ganz so einfach, immer diese, ja, Angebote in Anspruch zu nehmen, die sich vor allem hier in den Ballungszentren konzentrieren.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Nicht der Fall. Herr Regierungspräsident? Weitere Mitglieder der Regierung? Regierungsrat Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Wie Sie gesehen haben, es sind mindestens zwei oder sogar drei Betroffene am Tisch, am Regierungstisch. Das Thema wird nämlich unter Federführung des SOA in den nächsten Jahren bearbeitet, welches beim DVS beheimatet ist. Weitere involvierte Departemente sind aber das EKUD und natürlich das DJSG. Das SOA hat in diesem Bereich, Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, vier oder drei grössere Massnahmenpakete definiert. Das Massnahmenpaket eins umfasst die Schaffung von Grundlagen und das umfassende und koordinierte Vorgehen sämtlicher Akteurinnen und Akteure. Es geht dabei, eben alle Beteiligten am Tisch zu haben, von der Polizei über die Opferhilfe bis zur Täterberatung, usw. Es geht auch darum, die nötigen Statistiken, Handlungsanleitungen und Empfehlungen zu erarbeiten und dort, wo eben Lücken bestehen, diese zu schliessen. Im Massnahmenpaket zwei geht es vor allem um Prävention

und Information, nämlich, dass das Thema in der Öffentlichkeit überhaupt breiter bekannt gemacht wird und eben sensibilisiert wird. Es geht darum, die Kontakte zu den Fachpersonen zu haben, z. B. auch in den Bereichen Medizin, Pflege, Bildung und Betreuung und es geht eben darum, und das geht in die Richtung, die Grossrat Rettich angesprochen hat, eben im ganzen Kanton ein entsprechendes Betreuungsangebot zu haben, einerseits für die Betroffenen von Gewalttaten, aber auch für die Tatpersonen, um sie dazu zu bringen, mit den entsprechenden Lernprogrammen Konflikte anders zu lösen. Und es geht um ein Massnahmenpaket drei, das davon spricht, genügend einfach zugänglich und bekannte Schutz-, Hilfs- und Unterstützungsangebote für Opfer und deren Familienangehörige zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass die Angebote für altersgerechte psychosoziale Betreuung von betroffenen Kindern, die Gewalt miterlebt haben oder mit ansehen mussten, dass auch diese Angebote ausgebaut werden. Das sind in aller Kürze die drei Massnahmenpakete, die in den nächsten vier Jahren im Rahmen dieses Regierungsprogrammes umgesetzt werden sollen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt? Nicht der Fall. Wir kommen nun zum nächsten Entwicklungsschwerpunkt auf Seite 444. Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Peyer: Entschuldigung, ich habe noch etwas vergessen. Ich glaube, Grossrat Marti hat noch nach der Zusammenarbeit mit der Polizei und zwar mit der Kantonspolizei und den lokalen Polizeibehörden gefragt, sei das die Stadtpolizei Chur oder auch die Gemeindepolizeien in diversen Gemeinden. Selbstverständlich werden wir auch hier, das gehört zum Massnahmenpaket eins, dass sämtliche Akteure an einem Tisch sind und dass auch das Vorgehen mit ihnen koordiniert wird. Also, das gehört für uns dazu, ich denke aber, das machen wir heute schon, weil das sind ja nur die Zusatzmassnahmen, die ich jetzt geschildert habe, die wir ergreifen wollen. Im Alltag gehört es natürlich dazu, dass die diversen Polizeien gut zusammenarbeiten, gerade in diesen Fragen.

Standespräsident Della Vedova: Grossrat Marti? Das hat sich erledigt. Nun kommen wir zum nächsten Entwicklungsschwerpunkt auf Seite 444. Herr Kommissionspräsident.

ES 2.3 Umsetzung Strategie Cybercrime Kantonspolizei

Claus; Kommissionspräsident: Hier handelt es sich um die Umsetzung Strategie Cybercrime Kantonspolizei. Die Bearbeitung von Cybercrimefällen ist bei der Kantonspolizei eine Standardleistung.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Andere Mitglieder der Regierung? Nicht

der Fall. Wir kommen zum Entwicklungsschwerpunkt ES 2.4 auf Seite 454. Herr Kommissionspräsident.

2.4 Kantonales Bedrohungsmanagement

Claus; Kommissionspräsident: Hier handelt es sich um das kantonale Bedrohungsmanagement. Ein zentrales kantonales Bedrohungsmanagement wird erarbeitet und eingeführt.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Von der Regierungsbank?

Noi-Togni: Ich spreche zu 2.4 und stelle nun die Frage, ob in dieser Auflistung von Radikalisierung, Extremismus, häuslicher Gewalt und Stalking nicht auch die Mafia-Problematik im Sinne von Bedrohungsmanagement dazu gehört. Vergessen wir nicht, dass der Bund die Kriminalitätsbekämpfung der Mafia als Ziel Nummer eins definiert hat. Hier der Beweis, ich zitiere aus dem Brief von Fedol-Direktorin Nicoletta della Valle vom 18. Dezember 2019 Folgendes: «Ich nehme die von den italienischen Mafien ausgedehnte Bedrohung sehr ernst. Deshalb hat das EJPD in seiner Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung 2020 – 2023 die Bekämpfung der italienischen Mafien als Schwerpunkt definiert.» Das sagt Nicoletta della Valle, nicht Nicoletta ich. Gut. Dass die Bedrohung ausschliesslich wirtschaftliche Konsequenzen hat, bezweifle nicht nur ich, aber auch die Fedpol. Folge dessen und dadurch, dass in den Entwicklungsschwerpunkten dieses Regierungsprogramms nichts zu finden ist, was die Mafia anbelangt, bitte ich Sie, den Text, wenn möglich ist, zu vervollständigen.

Hofmann: Schützen Sie sich, heisst es auf der Webseite der Kantonspolizei Graubünden zum Thema Kriminalprävention. Angesprochen sind dabei Sie und ich. Wir sollen uns klug verhalten, damit unsere Taschen nicht geklaut werden, damit wir nicht betrogen werden oder damit wir, Gott möge es verhüten, sogar angegriffen werden. Wenn man nicht weiss, wie man sich klug verhalten soll, dann bietet uns die Kantonspolizei auf ihrer Webseite ihre Spezialisten an, die uns beraten und mit ein paar guten Ratschlägen zur Seite stehen. Ich zitiere aus der Webseite. Das neue Bedrohungsmanagement ist ja eigentlich ein grosses Präventionsprojekt. Es soll uns ja schützen und uns mehr Sicherheit verschaffen und ich begrüsse es sehr, dass dies jetzt professionell an die Hand genommen wird, und dass dem mehr Bedeutung zugemessen wird. Bis jetzt wurde für die Prävention in unserem Kanton, was Kriminalität und Schutz vor Gewalt betrifft, zu wenig getan. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Schlussfolgerungen aus dem PUK-Teilbericht genau dieses Bedrohungsmanagement verlangen und der innere Zusammenhang zum anderen Entwicklungsschwerpunkt, nämlich der Umsetzung der Istanbul-Konvention, ist ebenfalls gegeben. Ich bin sehr gespannt auf die gesetzliche Vorlage und ich bin auch gespannt auf Ihre Meinung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem, wenn es dann darum geht, für die-

sen Schwerpunkt genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt 2.4? Aus der Regierungsbank? Regierungsrat Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Besten Dank auch an Grossrätin Hoffmann, dass Sie das positiv aufnehmen. Ich denke auch, wir sind hier auf dem richtigen Weg. Wir haben hier ja auch einen Fingerzeig bekommen aus dem PUK- und aus dem Brunner-Bericht, in welche Richtung wir vorzugehen haben. Wir haben das deshalb auch als Schwerpunkt gesetzt und auch hier drei Massnahmenpakete definiert. Massnahmenpaket eins ist die Risikoanalyse und die entsprechenden Instrumente zu schaffen und auch zu schauen, welche Institutionen und Personen wir hier wo im Lead haben müssen, weil es doch ein breites Thema ist. Grossrätin Noi hat darauf hingewiesen. Das Massnahmenpaket zwei ist die Erarbeitung der eigentlichen gesetzlichen Grundlagen, die wir hierzu von Nöten haben und das Massnahmenpaket drei ist die Schaffung einer eigentlichen Fachstelle Bedrohungsmanagement. Die Federführung wird beim DJSG liegen. Aber es sind natürlich andere Ämter auch gefragt. Zum Beispiel das AJV mit der Bewährungshilfe, die Staatsanwaltschaft, das Amt für Migration und Integration, die KESB, das EKUD, insbesondere im Bereich Prävention in Schulen oder im Religionsunterricht oder überhaupt bei der Frage von Religion und Religionen, das kantonale Sozialamt, die Koordinationsstelle Häusliche Gewalt, die Opferhilfe, die psychiatrischen Dienste, die Sozialversicherungsanstalt, die Suchtberatung, das Frauenhaus, das Gesundheitswesen insgesamt. Also es gibt hier eine sehr breite Palette, die wir versuchen müssen, abzudecken und zu koordinieren. Wir haben hier dann auch die entsprechenden Finanzmittel vorgesehen. Rund drei Millionen Franken in den nächsten vier Jahren, immer unter dem Vorbehalt, dass Sie im Rahmen der Budgetberatung das jeweils dann auch bewilligen.

Vielleicht noch eine Bemerkung zur der Frage von Grossrätin Noi betreffend Mafia. Wir haben einen entsprechenden Brief, wie Sie lesen konnten, von Frau Della Valle von der Fedpol auch bekommen, der gleiche Wortlaut, den Sie erhalten haben. Wir haben zusammen mit der Kantonspolizei Frau Della Valle anlässlich des WEF getroffen und haben mit ihr besprochen, was der Anti-Mafia-Plan des Bundes beinhaltet. Es ist ein Plan, der noch nicht umgesetzt ist. Er soll erst in den kommenden Jahren, Start jetzt dann im März, mit einem ersten runden Tisch umgesetzt werden. Und wir haben aber gemerkt, dass wir das, was wir in den letzten Jahren im Kanton aufgebaut haben, genau auf dieser Linie liegen, die der Bund auch machen will. Also Bekämpfung der Mafia ist nicht einfach eine Polizeiaufgabe, sondern es muss sehr breit angeschaut werden, involviert sein müssen vom Handelsregisteramt über die Polizei bis zum KIGA, bis zum Amt für Migration und Zivilrecht, welches über Aufenthaltsstati z. B. urteilt. Also alle diese Ämter müssen mit einbezogen sein und genau das hat der Kanton Graubünden in den letzten Jahren gemacht.

Und hat so ja auch erste Erfolge erzielt. Also wir waren sehr befriedigt vom Treffen mit Frau Della Valle. Weil wir gesehen haben, wir liegen genau auf der richtigen Linie und der Bund kann jetzt auch von den Erfahrungen, die der Kanton Graubünden gemacht hat, schon profitieren. Ich glaube, da sind wir gut unterwegs. Wie Sie aber richtig gesagt haben, kann das auch ein Teil der Fachstelle oder des Bedrohungsmanagements sein, weil es ja dort auch darum geht, nicht nur einzelne, sage ich einmal, Gruppierungen genauer unter die Lupe zu nehmen, sondern auch zu schauen, wo allenfalls extremistische Kräfte sich neu formieren.

Ein Punkt ist aber wichtig und das sage ich auch ganz bewusst hier, die Gemeinden spielen natürlich auch eine zentrale Rolle. Also auch wir sind darauf angewiesen, dass wir auch von den Gemeinden entsprechende Informationen bekommen. Das hat uns Frau Della Valle auch nochmals bestätigt. Sonst sind wir wie blind in der ganzen Geschichte, wenn wir auf diese Informationen nicht zurückgreifen können oder uns auch Meldungen gemacht werden, sei es direkt im Kanton oder auch an die Fedpol.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu ES 2.4 Kantonales Bedrohungsmanagement? Dies ist nicht der Fall. Wir behandeln nun das dritte Regierungsziel mit dem Titel, den Bildungs- und Forschungsplatz Graubünden stärken und die dazugehörenden Entwicklungsschwerpunkte. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 3

Den Bildungs- und Forschungsplatz Graubünden stärken.

Claus; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Caviezel, Sie haben das Wort.

Caviezel (Davos Clavadel): Es ist sehr lobenswert, dass die Regierung die Bedeutung der Forschungsinstitute im Kanton Graubünden im Bereich der wissenschaftlichen Forschung erkannt hat und dies auch auf Seite 447 mit der Aussage, ich zitiere: «Es sollen zwei Leuchttürme auf der Grundlage der Innovationsstrategie vorangetrieben werden» Zitat Ende, auch zum Ausdruck bringt. Während einer dieser Leuchttürme, das Climate Change and extreme Research Center, in der Entwicklung recht weit fortgeschritten ist, stehen wir beim anderen Leuchtturm, dem Zentrum für Immunologie und regenerative Medizin noch in der Phase der Bekenntnisse auf dem Papier. Auf Seite 446 steht unter dem Titel «Absicht»: Die Regierung möchte den Kanton Graubünden oder Graubünden soll sich als Komplementärstandort usw. entwickeln. Aber das, geschätzte Herren Regierungsräte, ist nicht ein klares wirkliches Bekenntnis und ich habe so meine Zweifel, ob die Regierung die Ernsthaftigkeit vor allem dieses zweiten Forschungszentrums richtig erkannt hat.

Und nun zu meiner Frage: Wann gedenkt die Regierung diesen sehr wichtigen Prozess anzustossen? Und der Grund meiner Frage liegt darin, wir sollten den privaten Investor, der in der Zwischenzeit dutzende von Millionen in der Hochgebirgsklinik Davos investiert hat, nicht mit einer Hinhaltetaktik verärgern. Darum meine Frage: Wann gedenkt die Regierung, diesen zweiten Leuchtturm anzustossen?

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Nicht der Fall. Allgemeine Diskussion? Grossrat Brunold, Sie haben das Wort.

Brunold: Ich möchte beim Regierungsziel drei etwas festhalten. Die Kommission für Bildung und Kultur KBK ist bei keiner der strategischen Fragen zur Kultur und Bildung involviert worden. Ich stelle mir langsam schon die Frage, für was es die KBK noch braucht. Alle strategisch wichtigen Entscheide bei der Bildung und Kultur werden von anderen Kommissionen besprochen und beschlossen. Hier möchte ich meinen Missmut bei der Regierung, den Fraktionspräsidenten und der KSS platzieren. Wenn Ihnen Bildung und Kultur wichtig sind, dann involvieren Sie auch die KBK in zentralen Fragen. Bei der Bildung zählen für mich z. B. auch organisatorische Fragen beim Neubau eines Campus, die Neuorganisation einer Fachhochschule und auch die Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie dazu. Wenn Sie nicht bereit sind, solche bildungspolitischen Geschäfte von der KBK führen zu lassen und alle wichtigen Geschäfte immer der KSS oder anderen Kommissionen zuteilen, da sollten Sie auch so konsequent sein und die KBK auflösen. Wenn die KBK keinen Einfluss auf die Strategie in den Bereichen Kultur und Bildung nehmen kann, dann braucht es sie in Zukunft wirklich nicht mehr. Es liegt an Ihnen.

Standespräsident Della Vedova: Nur damit keine Missverständnisse entstehen. Also wir sind bei ES 3.1.

Claus; Kommissionspräsident: Herr Standespräsident, die Vorgehensweise war ja die, Sie haben das Regierungsziel gelesen und dann kommen allgemeine Bemerkungen zum Regierungsziel drei. Die hatte ich nicht. Zum Entwicklungsschwerpunkt haben wir noch nicht gesprochen. Aber ich glaube, Kollege Tarzisi Caviezel hat den Entwicklungsschwerpunkt 3.1 vorweggenommen. Sie haben jetzt aber allgemein zum Thema der Bildungs- und Forschungsplatz Graubünden stärken gesprochen. Ich glaube wir müssen hier noch die Diskussion abschliessen zum allgemeinen Regierungsziel und dann werde ich auf den Entwicklungsschwerpunkt zu sprechen kommen, werden wir die Entwicklungsschwerpunkte durchberaten. So wurde es auch abgesprochen. Das machen wir immer so jetzt bei den Zielen. Sie erwähnen das Ziel, dann kommt die allgemeine Diskussion und nachher die Spezialdiskussion zu den Entwicklungsschwerpunkten.

Standespräsident Della Vedova: Danke für diese Präzisierung. Also wenn eine Wortmeldung kommt, kann ich natürlich nicht wissen, über was gesprochen wird. Da-

rum, ja bitte, hören Sie zu was gesagt wird und dann haben wir ein bisschen mehr Ordnung. Nicht so schlimm. Also wir sind noch bei der allgemeinen Diskussion, Regierungsziel 3. Ist das korrekt, Herr Kommissionspräsident? Ja. Also wir bleiben jetzt bei dem. Gibt es zum Ziel Wortmeldungen? Nicht der Fall. Aus der Regierungsbank gibt es Wortmeldungen zum Regierungsziel drei? Herr Kommissionspräsident.

Regierungspräsident Rathgeb: Ich bin aber nicht Kommissionspräsident. Aber trotzdem sage ich etwas, wenn ich schon das Wort habe. Grossrat Brunold hat hier nach vorne geschaut und kritisiert den Prozess in Bezug auf den Einbezug der KBK im Rahmen der Vorarbeiten. Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, weil Sie die Regierung angesprochen haben, die Geschäfte werden von der Präsidentenkonferenz zugeteilt und das Mitwirkungsverfahren im Rahmen der Vorarbeiten der KSS wird durch den Grossen Rat respektive die Kommission und nicht die Regierung bestimmt.

Standespräsident Della Vedova: Danke, Herr Regierungspräsident. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Ziel? Dann kommen wir zu ES 3, also zum Ziel. Grossrätin Märchy-Caduff.

Märchy-Caduff: In der Ansprache heute Nachmittag von unserem Standespräsidenten haben wir gehört, er hat den einseitigen Fokus der Hochschulbildung thematisiert. Ich anerkenne die grosse Bedeutung des Bildungs- und Forschungsplatzes Graubünden. Und ich befürworte auch die Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie. Liest man aber das Regierungsziel drei hat man den Eindruck, dass Bildung im Kanton Graubünden nur auf Hochschulebene existiert. Ich vermisse, und das zwar schon beim letzten Regierungsprogramm, den Einbezug der Basis, sprich der Volksschule. Da haben in den vergangenen Jahren, wenigen Jahren, ganz grosse Umwälzungen stattgefunden, zahlreiche Reformen, das neue Schulgesetz mit der Integration und jetzt die Einführung des Lehrplans 21. Ich weiss, im Regierungsprogramm können nicht alle Themenfelder aufgeführt werden. Aber hier geht es um tausende Bündner Schulkinder in der Volksschule, die dann einmal Ihre grossen Erwartungen betreffend Fachkräfte im Kanton Graubünden erfüllen sollen. Einen entsprechenden Entwicklungsschwerpunkt mit möglichen Massnahmen hätte ich an dieser Stelle wirklich erwartet und ich bitte die entsprechenden Personen, auch den Fokus wirklich auf unsere Volksschule zu richten.

Standespräsident Della Vedova: Grossrat Kappeler, Sie haben das Wort.

Kappeler: Ich spreche erst dann zu 3.2. Danke.

Standespräsident Della Vedova: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Regierungsziel? Nicht der Fall. Dann Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Parolini: Zu den Ausführungen von Grossrat Caviezel werde ich unter 3.1 dann ein paar

Ausführungen machen. Aber zu den Ausführungen von Grossrätin Märchy-Caduff erlauben Sie mir folgende Erklärung und auch zur Ansprache des Herrn Präsidenten anlässlich der Eröffnung der Session. Es ist so, dass beim Regierungsziel 446 explizit weder die Volksschulen noch die höheren Fachschulen erwähnt werden. Es wird aber erwähnt, dass wir genügend Fachkräfte benötigen. Und wenn wir von Fachkräften reden in den verschiedenen Bereichen, dann benötigen wir nicht nur Akademiker. Wir benötigen Fachkräfte auf den verschiedenen Ebenen. Dem ist so. Die Frage ist nur, ob man momentan etwas Spezielles in einem Schwerpunktprogramm, in einem Regierungsziel abbilden möchte oder nicht. Dass die Volksschule eine sehr grosse Arbeit leistet, um schlussendlich Fachkräfte zu rekrutieren, dem ist so. Das wissen wir und wir wissen auch, dass wir vor allem mit der verstärkten, also mit dem Lehrplan 21 und mit der verstärkten Ausbildung im MINT-Bereich in diese Richtung aktiv geworden sind. Und die höheren Fachschulen spielen in diesem Zusammenhang auch eine sehr grosse Rolle. Ausbildungen im Bereich der höheren Fachschulen werden derzeit in Graubünden an der Academia Engiadina, an der höheren Fachschule für Tourismus HFT, am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales BGS, an der ibW, höhere Fachschule Südostschweiz, an der höheren Fachschule für Sozialpädagogik in Zizers, an der EHL, Swiss School of Tourism and Hospitality, Hotelfachschule Passugg, SSTH, sowie an der höheren Wirtschaftsschule Graubünden, der HWS GR geführt. Diese höheren Fachschulen sind für den Bündnerischen Arbeitsmarkt besonders wichtig, weil sie nach dem Grundsatz Ausbildungen in der Region und für die Region Weiterbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Gesundheit, Holz, Wald, Hotellerie, Soziale Arbeit, Recht, Technik, Tourismus und Wirtschaft ermöglichen. Für den Eintritt in diese Ausbildungen ist ein erfolgreicher Abschluss auf der Sekundarstufe II erforderlich aber keine Berufsmaturität. Womit bewährte Praktikerinnen und Praktiker ihre Fachkompetenz zielgerichtet und zum Nutzen der Betriebe weiter entwickeln können. Aus bildungspolitischer und volkswirtschaftlicher Sicht werden deshalb die höheren Fachschulen auch in Zukunft für Graubünden sehr wichtig sein und somit werden sie auch nicht vernachlässigt, obwohl sie nun momentan nicht Gegenstand eines Entwicklungsschwerpunktes sind.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Ziel, zum allgemeinen Ziel? Nicht der Fall. Und nun kommen wir zum Entwicklungsschwerpunkt ES 3.1. Herr Kommissionspräsident.

ES 3.1 Ausbau der Kooperationen mit universitären Forschungsinstitutionen

Claus; Kommissionspräsident: Bevor ich zum Entwicklungsschwerpunkt komme, vielleicht noch eine Antwort zuhänden von Grossratskollege Brunold, der KBK-Mitglied ist. Es gibt zwei Möglichkeiten für die Kommission nun mitzuwirken bei dieser Planung. Das erste Mal haben wir es hier, im August wurden alle Kommis-

sionen eingeladen, zu den übergeordneten politischen Zielen und Leitsätzen Mitberichte zu verfassen und sie konnten sich hier einbringen. Des Weiteren wurde nochmals ein Mitberichtsverfahren gestartet. Die GPK hat ein Mitberichtsverfahren verfasst. Es ist tatsächlich so, das was wir heute behandeln, ist das Regierungsprogramm und dazu hat die KSS als federführende Kommission den entsprechenden Bericht verfasst und die Beratungen durchgeführt. Aber es wäre sehr bedauerlich, wenn sich die KBK mit Auflösungsgedanken beschäftigen würde und auch völlig fehl am Platz. Wir kommen zum Entwicklungsschwerpunkt 3.1 Ausbau der Kooperation mit universitären Forschungsinstitutionen. Bereits bestehende universitäre Forschungsinstitutionen verbleiben im Kanton und die Kooperation mit universitären Hochschulen wird intensiviert.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Gran consigliere Michael Maurizio.

Michael (Castasegna): Io intendo prendere la parola su questo punto in quanto a me manca un aspetto: quindi si parla in questo caso di cooperazione, una maggiore cooperazione con scuole universitarie esterne. Si citano diverse istituzioni, si citano soprattutto due progetti faro sui quali si lavora in professioni particolarmente importanti nell'ambito della ricerca, quindi "im Forschungsbereich". Si tralascia un aspetto che a mio avviso è importante, in quanto da più tempo viene anche discusso all'interno di questo Gran Consiglio e in modo particolare era stato tematizzato anche durante la predisposizione degli obiettivi da parte della Commissione strategica e di politica statale. Ed è l'aspetto dei valori, cioè quali sono gli elementi che portano un valore aggiunto importante al Cantone dei Grigioni e dove abbiamo delle opportunità.

Wo hat unser Kanton Chancen in Zukunft und wo besteht ein Alleinstellungsmerkmal der sehr, sehr stark ist gegenüber anderen Kantonen, und das ist im Bereich Kultur, Sprachen, Identität. Wir sind ein Kanton speziell im Zentrum der Alpen gelegen. Wir haben eine Kernkompetenz. Das ist die kulturelle Vielfalt, die Sprachenvielfalt, das gemeinsame Verständnis. Wir nutzen diese Kompetenz und diese Möglichkeit viel zu wenig. Als wir die Diskussion in der KSS führten, hier rund um die Zusammenarbeit mit Universitäten, sprachen wir nicht nur von dem, was heute schon besteht und die Weiterentwicklung dessen. Aber wir sprachen wirklich auch von den Chancen, welche unser Kanton entwickeln können. Mir fehlt das hier. Wir haben in anderen Entwicklungsschwerpunkten ES 3.2 zum Teil einige Ansatzmöglichkeiten und im Entwicklungsschwerpunkt 5.2, auf das komme ich wieder zurück, wo man das Einbinden der Kultur in der universitären Forschungsstrategie auch hineinbringt. Es ist schade, dass man hier nicht ein Wort verloren hat über diese Chance und ich möchte das ganz klar nochmals hier sagen.

Degiacomi: Ich möchte eigentlich mehr oder weniger in die gleiche Kerbe schlagen wie Kollege Maurizio Michael. Aber ich möchte es eigentlich erweitern und auf das Votum des noch Davoser Landammans zurückkom-

men. Denn es geht letztlich wahrscheinlich nicht nur darum, ich sage jetzt mal, dass wir im stillen Kämmerlein für die nächsten vier Jahre planen, wo wir jetzt Chancen nutzen, sondern dass auch Chancen, die sich manchmal unterwegs bieten, dass wir die konsequent am Schopf packen und Nägel mit Köpfen machen. Also in dem Sinn, was Kollege Caviezel gesagt hat, dass ein Commitment manchmal schnell kommen muss und dass man dann auch, ich sage mal, Massnahmen treffen muss, damit so Kooperationen auch wirklich Früchte tragen. Dann muss man bitte schnell sein. Also ich möchte wirklich hier die Regierung bitten, offen zu sein und wenn sich im Sinne dieses Entwicklungsschwerpunktes weitere Kooperationen eröffnen, dass sie unbedingt da zuschlagen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Mitglieder der Kommission? Nicht der Fall. Grossrätin Holzinger-Loretz.

Holzinger-Loretz: Die Regierung schreibt unter Regierungsziel drei den Bildungs- und Forschungsplatz Graubünden stärken. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Graubünden ist es essenziell, dass Bildung und Forschung sowie Innovation weiter gestärkt werden können. Das ist in der Tat so. Als Grundlage dazu braucht es ein ganz klares Bekenntnis der Regierung und eine klare Strategie. Wenn dieses klare Bekenntnis nicht vorhanden ist, werden wir die starken Forschungs- und Bildungsinstitutionen verlieren wie das Grossratskollege Caviezel in seinem Votum schon eindrücklich dargelegt hat. Nehmen wir als Beispiel die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Allergie- und Asthmaforschung SIAF. Da eröffnet sich für uns eine grosse Chance in der Weiterentwicklung und Zusammenarbeit in diesem Forschungsbereich. Weiterentwicklung des SIAF in Davos bedeutet aber auch Zusammenarbeit mit anderen Partnern im Kanton. Ich denke da z.B. an das Kantonsspital. Wenn wir den Gesundheitsbereich anschauen, war doch Davos und manche andere Orte in unserem Kanton weit über die Kantonsgrenze hinaus bekannt als Kurorte bei verschiedenen Erkrankungen. Heute würden wir diese Kurorte als Kompetenzzentren bezeichnen. Der grosse Wandel im Gesundheitswesen hat auch vor unserem Kanton und unseren Kurorten nicht Halt gemacht und viele Kliniken und somit auch Arbeitsplätze verschwanden. Aber wie es das Beispiel des SIAF aufzeigt, können auch neue Möglichkeiten, neue Chancen entstehen. In unserem Kanton haben sich verschiedene Forschungsinstitutionen niedergelassen und diese alle zusammen eröffnen uns in verschiedenen Bereichen grosse Chancen und neue Möglichkeiten. Ich frage darum die Regierung, hat die Regierung eine weiterführende Strategie zur Sicherstellung unserer Forschungs- und Bildungsstandorte im Kanton Graubünden?

Marti: Vielen Dank. Auch ich möchte in Bezug auf die Strategie und die Standortstrategie hier nachdoppeln. Die verschiedenen Kooperationen im Bereich der Forschung sind ja in mehreren Entwicklungsschwerpunkten festgehalten. So im 10.1, im 5.2, im 3.2 und im 3.1. Und für

mich ist es klar, dass ein Kanton von der Grösse des Kantons Graubünden aufgrund der Konkurrenz mit viel grösseren Standorten seine Standortstrategie sehr eng und sehr strukturiert pflegen muss, ansonsten hat er keine Chance. Ich begrüsse daher sehr, dass die universitäre Forschung sich auf die Standorte Davos konzentriert und die Chancen, die bereits erarbeiteten Chancen der Gemeinde Davos verstärkt und unterstützt werden. Auf der anderen Seite ist für mich genau so klar, dass die angewandte Forschung, die Lehre und die Bildung dann eben beim Campus Chur sein müssen. Es hat dort auch genügend Landflächen zur Verfügung. Und ich bitte die Regierung, hier dieses Verwirrspiel und diese Unklarheiten, die hie und da überall bestehen, wirklich zu lösen, transparent zu informieren und Klarheit zu schaffen, wo die entsprechenden Standorte gemäss der Standortstrategie dann wirklich auch sein werden. Dafür danke ich sehr.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte zu ES 3.1? Grossrat Mittler.

Mittner: Ich möchte jetzt nicht unbedingt die Standortsituation diskutieren. Ich habe eine andere konkrete Frage. Und zwar wie stark arbeitet der Kanton mit der Academia Raetica zusammen? Und welche zukünftigen Aufgaben und Aufträge sollte diese Institution übernehmen? Und zwar die Academia Raetica ist ja die Dachorganisation von 22 Mitgliedsinstituten und elf Partnerorganisationen. Sie informiert die Öffentlichkeit über die wissenschaftlichen Themen mit denen sich die Institute zusammen beschäftigen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen, bevor ich das Wort der Regierung gebe? Nicht der Fall. Herr Regierungspräsident? Regierungsrat Parolini, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Parolini: Es wurden viele Fragen und Bemerkungen gemacht. Ich versuche darauf eine Antwort zu geben oder verschiedene Antworten zu geben. Vielleicht ergänzend wird dann Volkswirtschaftsdirektor Markus Caduff noch ein paar Ausführungen machen. Denn wir haben eine Innovationshochschul- und Forschungsstrategie. Unter dem Entwicklungsschwerpunkt ES 10.1 steht ja auch einiges zur Steigerung der Innovationskraft und da ist die Federführung beim Volkswirtschaftsdepartement. Aber wir arbeiten sehr eng in diesen verschiedenen Bereichen zusammen, die sowohl die Wirtschaft als auch die Bildung betreffen. Grossrat Caviezel hat ein paar Ausführungen gemacht zu den Instituten in Davos. Erlauben Sie mir da ein paar Ausführungen dazu. Es ist auch das Ziel der Regierung, dass die ins Regierungsprogramm aufgenommenen Projekte in der zur Verfügung stehenden Periode, d.h. bis 2024 zielstrebig realisiert werden. Beim Projekt Davos Climate Change and extreme Research Center, CERC, handelt es sich um ein Kooperationsprojekt mit der ETH und dem WSL/SLF in Davos zum Themenbereich Klimawandel und Auswirkungen auf den alpinen Siedlungsraum, ergänzt mit Ausbildungsangeboten auf den Stufen

Master of science, doctorate und postdoc. Die konzeptionellen Arbeiten zu diesem Projekt liegen vor. Die Entscheidungsgrundlagen sollen noch in diesem Jahr der Regierung vorgelegt werden. Wir haben die Chance gepackt, beim Schopf gepackt, Grossrat Degiacomi, bezüglich diesem Projekt, haben intensive Diskussionen mit den Partnern gehabt und sind auf gutem Wege.

Das Projekt schweizerisches Zentrum für Immunologie und regenerative Medizin befindet sich noch in der Vorbereitungsphase. Das stimmt so. Im Laufe dieses Jahres, voraussichtlich im dritten Quartal, vielleicht wird es dann das vierte Quartal, wird dieses Projekt lanciert. Sie müssen Verständnis haben, wir haben acht Teilprojekte. Soviel Teilprojekte umfasst diese ganze Strategie und es ist auch eine Frage der Ressourcen, mit welchen Projekten wir beginnen. Wir können nicht alle gleichzeitig beginnen. Eine Frage der Ressourcen, internen Ressourcen und auch der Ressourcen der Partner.

Bereits weiter fortgeschritten ist die Zusammenarbeit zwischen dem physikalisch-meteorologischen Observatorium und Weltstrahlungszentrum in Davos und der ETH Zürich. Der Kanton hat mit der Stiftung schweizerisches Forschungsinstitut für Hochgebirgsklima und Medizin Davos als Trägerin des PMOD/WRC einen Leistungsauftrag mit Globalbeitrag für die Kalenderjahre, das war für letztes Jahr und für dieses Jahr abgeschlossen. Der Leistungsauftrag ist gebunden an die Anstellung der Direktorin des Institutes als affilierte Professorin an der ETH Zürich. Also da sind wir an sich gut unterwegs. Und dann die Frage zu alles in Davos oder gibt es auch etwas für Chur oder ausserhalb des Standortes Davos. Vielleicht nur so viel: Im Rahmen des Standortentscheides des Grossen Rates für das Hochschulzentrum der Fachhochschule Graubünden wurde in der entsprechenden Botschaft der Regierung an den Grossen Rat festgehalten, nach Möglichkeit gleichzeitig zur Botschaft der Regierung für ein Hochschulzentrum dem Grossen Rat auch eine Botschaft für die 4000 Quadratmeter Gesamtgeschossfläche für innovationsbasierte Leistungen zu unterbreiten, welche den zusätzlichen Finanzierungsbedarf quantifiziert und die Eigentumsverhältnisse regelt. Zur Realisierung dieses Schrittes muss zunächst und auch in Zusammenarbeit mit der Stadt Chur, der ein entscheidender Partner auch in dieser Frage ist, dieses Projekt noch weiter bearbeitet werden. Und wir wollen auch, dass die Institute in Davos, mit denen wir intensiv an diesen Vereinbarungen arbeiten, dass diese wenn möglich auch die Fachhochschule Graubünden mit einbeziehen. Das haben wir bei unseren Partnern auch so deponiert.

Dann vielleicht zur Frage von Grossrätin Holzinger-Loretz: Klares Bekenntnis und Strategie. Also es ist ein klares Bekenntnis zu unserer Strategie. Und wir haben beim Auftrag von Urs Hardegger auch bezüglich dem Gesundheitsbereich gesagt, dass wir die nötigen Abklärungen für diesen Ausbildungsbereich bei der Fachhochschule hier in Chur machen. Und ja, dann noch die Frage von Grossrat Mittner. Die Academia Raetica und die Graduate School, sind zwei Gebilde, mit zwei Präsidenten, vorläufig zwei Organisationen und eine gemeinsame Geschäftsstelle. Die spielen für uns auch eine wichtige Rolle. Wir überlegen zusammen mit den Verantwortli-

chen dieser zwei Institutionen die Strukturen zu vereinfachen und auch eine grössere, bessere Fokussierung ihrer Aufträge vorzunehmen. Das steht noch bevor. Es stehen jetzt gerade, also bald einmal Sitzungen an, wo wir ihren Auftrag im gesamten Kontext noch mehr schärfen wollen. Soweit ein paar Ausführungen zu den Themen, die angesprochen wurden.

Grossrat Michael, bezüglich der Kooperation und der Chance der Dreisprachigkeit und der kulturellen Vielfalt des Kantons Graubünden. Wir haben ja im Entwicklungsschwerpunkt 5.2 «die kulturelle Vielfalt sichtbar machen» und im 5.1 «die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern». Ich weiss, da geht es nicht nur um den Hochschulbereich. Wir wissen aber, und Sie wissen es auch, dass wir bereits seit einigen Jahren eine Sonderprofessur für das Profildfeld Kultur und Vielfalt an der Pädagogischen Hochschule Graubünden haben. Das läuft schon. Und das dauert noch einige Jahre an. Also wir sind im Hochschulbereich auch präsent mit den Themen und den Profildfeldern Kultur und Vielfalt. Aber wir bleiben auch da dran.

Regierungsrat Caduff: Ja, ich ergänze nur ganz kurz zur Innovationsstrategie. Kollege Parolini hat es erwähnt, wir haben eine Innovationsstrategie entwickelt. Diese beinhaltet acht Teilprojekte. Ein Teilprojekt davon ist das so genannte ZERZ, also dieses Kompetenzzentrum für die Auswirkungen der Klimaveränderungen und ein Kompetenzzentrum betrifft das schweizerische Zentrum für Immunologie und regenerative Medizin am SIAF. Es ist eine, Grossrat Hug hat vorher gesagt, bereits das Regierungsprogramm mit so viel Zielen sei sehr ambitiös. Und wir müssen schon sehen, auch unsere Innovationsstrategie ist sehr ambitiös. Und wir sind mit Vollampf daran, diese Strategie mit der ETH umzusetzen und Sie können mir glauben, sogar seitens der ETH wurde bestätigt, dass das auch für sie extrem schnell sei. Wir sind sehr schnell hier unterwegs. Das Momentum ist jetzt hier. Weil es sind auch andere in den Startlöchern und wir möchten dieses Feld unbedingt besetzen können. Darum geben wir hier relativ, sind wir mit Hochdruck daran, dies am Erarbeiten. Das heisst aber nicht, dass wir das andere, das SIAF zur Seite stehen lassen. Sondern dieses Konzept wurde zusammen mit der AO, zusammen mit SIAF, zusammen mit CKCARE, zusammen mit Hochgebirgsklinik, zusammen mit der Academia Raetica

notabene plus AWT und AHB entwickelt. Wir haben aber im Moment nicht die Kapazitäten, um dieses auch noch mit der gleichen Aufmerksamkeit voranzutreiben. Es ist aber vorgesehen, dass Ende dieses Jahrs, Anfang nächstes Jahr dort die Arbeiten auch zum Laufen kommen und dass wir diese umsetzen möchten. Das nur noch ergänzend.

Marti: Ich möchte nochmals kurz replizieren, weil ich nicht sicher bin, ob ich richtig verstanden wurde. Die universitäre Forschung, nicht zu vergleichen mit der angewandten Forschung, die universitäre Forschung scheint mir sehr gut strategisch in Davos angesiedelt zu sein. Ich unterstütze dies ausdrücklich. Der gesetzliche Auftrag der Lehre und angewandten Forschung der Fachhochschulen soll räumlich und organisatorisch so nah wie nur möglich bei der FHGR angesiedelt sein und eine Verzettlung sollte möglichst vermieden werden. Wenn ich Ihre Antwort, Herr Regierungsrat, so verstehen darf, dann bin ich einverstanden.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Aus der Regierungsbank? Es scheint nicht der Fall zu sein. Wir unterbrechen die Ratsdebatte für heute. Wir fahren morgen um 08.15 Uhr weiter. Bis morgen und schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 18.15 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Alessandro Dell Vedova

Der Protokollführer: Domenic Gross